

Schulzeitung.

Pädagogische Wochenschrift,

Organ des Provinzial-Lehrer- und Pestalozzi-Vereins in Schlesien sowie
des Schlesischen Turnlehrer-Vereins.

Nr. 51.

Breslau, 17. Dezember 1896.

25. Jahrgang.

Inhalt: Unsere Stellung zum Kommunalsteuer-Privilegium. — »Tätsches Vulk.« — Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Lehrerbessoldungsgesetz. — Die Stellung der Lehrer des Oberschlesischen Industriebezirks zu dem neuen Entwurf des Besoldungsgesetzes. — Wochenschau. — Korrespondenzen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Rezensionen. — Städtisches Schulmuseum. — Vakanz. — Briefkasten. — Anzeigen.

Mit Nummer 53 schließt das laufende Quartal. Um jede Störung in der Expedition zu vermeiden, bitten wir um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements. Freunde und Gönner unseres Blattes ersuchen wir, sich für Weiterverbreitung desselben freundlichst bemühen zu wollen. Probenummern stehen unberechnet und franko zur Verfügung. — Im Zeitungs-Preiskurant ist die »Schlesische Schulzeitung« unter Nr. 6392 verzeichnet.

Redaktion und Verlag der „Schlesischen Schulzeitung“.

„Unsere Stellung zum Kommunalsteuer-Privilegium“.

Der Artikel des Kollegen Kynast über obiges Thema in Nr. 47 veranlaßt mich, gestützt auf die Zustimmung der Mitglieder des Freiburger Lehrervereins, zu folgender Erwiderung:

Schon die Überschrift: Unsere Stellung etc. vermag den Anschein zu erwecken, als ob Kollege K. den Standpunkt der gesamten schlesischen Lehrerschaft vertrete; dies ist nicht der Fall.

Ideell betrachtet, erscheint der Schlusssatz, nach welchem wir eventuell auf das Steuerprivilegium verzichten sollen, annehmbar. Stellt man sich aber auf den Boden der Wirklichkeit, so muss man zunächst den Standpunkt der unmittelbaren Staatsbeamten, nach dem das Steuerprivilegium auch nach erfolgter Gehaltsaufbesserung bestehen bleiben soll, entschieden teilen und für die Lehrerschaft das Fortbestehen der vollen Kommunalsteuerfreiheit fordern; denn sicher werden auch nach der erhofften Aufbesserung unserer Gehälter die Gründe, welche den Gesetzgeber von 1822 zu dem Steuererlass veranlaßt haben, für Beibehaltung des Steuererlasses an den meisten Orten noch unverändert fortbestehen.

Da die Beamten nicht wie Kaufleute, Handwerker u. s. w. erwerben können und dürfen, so wird in Zukunft erst recht das Privilegium einen Ausgleich schaffen zwischen Beamtentum und den erwerbenden Klassen.

Ist denn auf dem Lande und den Landstädten ein so großer Fortschritt in der Dotation zu verzeichnen oder wird ein solcher nach Erlass des erhofften Gesetzes im Vergleich zu früher zu verzeichnen sein? Ich meine, in vielen Fällen nein! Früher waren die Hilfslehrerstellen jämmerlich besoldet (wie mein Vetter Kynast doch als einstiger Inhaber derselben Stelle aus eigener Erfahrung wissen muss); aber viele erste Lehrerstellen in größeren und kleineren Orten wiesen ein größeres Einkommen auf als heute, und es war den Lehrern unversehrt, sich allerlei Nebeneinkünfte zu verschaffen. Später, wo an Stelle zweier Stellen vier, sechs und mehr getreten sind, hat man nicht selten bei eintretenden Gelegenheiten wohl verabsäumt, die ersten Stellen um ein beträchtliches zu kürzen, um eine Beihilfe für neu zu gründende Stellen zu gewinnen. Auch in den Wohnungs- und Feuerungsverhältnissen sind des

öftern bei Neubesetzungen ungünstige Veränderungen eingetreten.

Für jede erwerbende Nebenbeschäftigung muss die Genehmigung der hohen Behörde nachgesucht werden, welche aber nur noch in seltenen Fällen erteilt wird.

Je mehr ein Kollegium eines Ortes sich vergrößert, desto mehr werden auch die noch erlaubten Nebeneinnahmen für den Einzelnen sich absteigend bewegen. Und dass bei Vergrößerung eines Lehrkörpers das Interesse der Gemeindeglieder an dem Wohlergehen des Einzelnen sich vermindert, ist eine allbekannte Erscheinung.

Angenommen, wir bekämen in unseren Industrieorten nach den Magdeburger Wünschen nach 25jähriger Dienstzeit exkl. Wohnung und Feuerung 2400 M Gehalt, so würde unser jetziges Maximalgehalt um 1 bis 400 M überstiegen werden. Wir würden den mittleren Beamten dann immer noch nicht gleich stehen, und es wäre durch die Neuordnung gegen frühere niedrigere und sonstige Verhältnisse immer doch nur ein Ausgleich geschaffen. Sollten wir nun von dem mühsam erreichten Gehalte die volle Kommunalsteuer zahlen, so würde man dem einzelnen bei unsern 200 bis 300 Prozent Kommunalsteuernzuschlag jährlich 88 bis 132 M und darüber abziehen, wodurch die Verbesserung bei manchen Stellen ganz, bei manchen größtentheils wieder aufgehoben werden würde. Und wofür? Für ein Linsengericht; für einen Sperling auf dem Dache gegen ein Huhn im Topfe.

Denn täusche man sich doch nicht. Wenn es uns auch gelingen sollte, das passive Wahlrecht zu erlangen, so wird es bei der jetzigen Wahlmethode doch selten genug möglich sein, eine für unsere Interessenvertretung geeignete Lehrerpersönlichkeit in die Gemeindevertretung zu bringen; aber noch schwerer (so schwer, wie einst Herrn Kiesel im Abgeordnetenhaus) wird es dem einzelnen dort werden, unsere Interessen mit Erfolg zu vertreten. Wer sich durch seine Forderungen unbequem macht, wird bei geeigneter Gelegenheit einfach kalt gestellt.

Die alleinigen Lehrer auf dem Lande erreichen auch ohne die Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung in andern Gemeindegremien in der Regel den wünschenswerten Einfluss. In den Industrieorten wissen die Lehrer in ihrer Thätigkeit als

Waisenräte, in Jünglings-, Gesangs-, Turn-, Feuerwehrvereinen sich der Gemeinde verbindlich zu machen. Sie gehen in der Gemeinde auf und stellen neben dem Schuldienste einen großen Teil ihrer Kraft unentgeltlich in den Dienst des Gemeindelebens. Darum können sie ohne Gewissenspein als Gegenleistung auch in Zukunft von ihren Gemeinden die bisher gewährte Steuerexemption getrost beanspruchen. Daran haben nebenher auch vielleicht die Gesetzgeber von 1822 gedacht, als sie uns die volle Steuerfreiheit gewährten. Die andern Beamten, staatliche wie private, leben, wie Kollege Kynast richtig bemerkt, wohl in der Gemeinde, aber nicht mit ihr, sie sind kaum einmal zu haben bei Gewerbe- und Volkszählungen, darum begnügen sie sich mit dem halben Privilegium, wollen es aber jedenfalls behalten.

Der Freiburger Lehrerverein hat sich, so oft diese Frage diskutiert worden ist (1879 und früher schon), stets für Beibehaltung der Steuerexemption entschieden.

Als 1848 die Lehrer des Kreises Schweidnitz gegenüber ihrem Landrat, Herrn von Gellhorn, für Aufhebung des Steuerprivilegs gegen Gewährung entsprechender Entschädigung und um Gewährung des passiven Wahlrechts plädiert haben, da hat dieser Herr geantwortet: »Meine Herren, seien Sie nicht so freigebig. Nehmen wird man Ihnen das Vorrecht gern, aber geben wird man Ihnen nichts.« Es kann ja sein, dass die großstädtischen Kommunen sich bewegen lassen, ihre Lehrer für den Verlust einigermaßen zu entschädigen, aber ich glaube, dass für die meisten Gemeinden heute noch zutrifft, was ich eben angeführt. Zu einer besonderen Entschädigung neben der allgemeinen Aufbesserung wird man sich nicht versteigen.

Sollte man sich zur Gewährung des passiven Wahlrechts verstehen, so wird die Behörde sich jedenfalls das Bestätigungsrecht vorbehalten und davon einen sehr vorsichtigen Gebrauch machen und mit Recht. Ich weiß es, dass ich jetzt eine ketzerische Ansicht ausspreche, aber ich spreche sie aus: Bei der Zusammensetzung unserer Gemeindebehörden nach den verschiedensten Bildungsgraden erzeugen die unausbleiblichen Kämpfe oft persönliche Feindschaft und Erbitterung. Solche auf den Lehrer übertragen, kann seine ganze amtliche Wirksamkeit in Frage stellen. Beispiele hierzu bieten manche Gerichts-Akten über den Lehrer als Gerichtsschreiber.

Ich meine, dass es jetzt überhaupt nicht wohlgethan ist, die Frage der Steuerexemption vom ideellen Standpunkte aus zu beantworten und zu betrachten, auch nicht bedingungsweise.

Wenn wir eine allgemeine Standesvertretung in allen öffentlichen Einrichtungen haben werden, wenn wir faktisch den unseren Stande entsprechenden Beamtengruppen gleichgestellt sein werden, dann mag die betreffende Lehrer- generation, die nächste wird es noch nicht sein, die Frage in dem Kynastischen Sinne beantworten.

Will man uns das passive Wahlrecht nicht unter Belassung der Steuerfreiheit gewähren, nun, dann wollen wir auf das Recht verzichten, denn wir wollen lieber ein Huhn im Topfe behalten, und bei der überall wachsenden Kommunalsteuer wird daraus bald eine prächtige Gans werden, als nach einem Sperling auf dem Dache haschen!

Polsnitz, den 24. November 1896.

Pfeiffer.

Gleich im Anschluss an vorstehende Ausführungen gehen uns vom Kollegen Kynast folgende Bemerkungen zu:

1. Kollege Pfeiffer bemängelt die Überschrift meines Artikels, jedoch mit Unrecht. Das Bestreben der Lehrerschaft ist von jeher darauf gerichtet gewesen, aus den Ausnahmeständen herauszukommen. Infolgedessen habe ich weder in der pädagogischen Presse, noch auf Lehrerversammlungen bezüglich der Steuerfrage einen Standpunkt vertreten gefunden, der prinzipiell von dem meinigen abgewichen wäre. Speziell in Schlesien hat die Allgemeine Schlesische Lehrerversammlung 1879 zu Breslau ohne den geringsten Widerspruch sich meinen Anschauungen angeschlossen; auch später ist infolge meiner Aus-

führungen in der »Schles. Schulztg.« kein prinzipieller Gegensatz hervorgetreten; ich konnte also annehmen und nehme noch jetzt an, dass das Gros der Lehrerschaft unter den in meinem Artikel bezeichneten Bedingungen auf das Steuerprivileg verzichten will. Die Lehrerschaft kann auch gar keinen andern Standpunkt einnehmen, will sie sich nicht mit sich selbst in Widerspruch setzen; sie kann nicht auf der einen Seite die Beseitigung von Ausnahmeständen anstreben und auf der andern für Beibehaltung von Privilegien eintreten; eine solche Stellungnahme ist innerlich unwahr und darum unhaltbar. Dass einzelne abweichende Ansichten vorhanden sein würden, hatte ich angenommen; um die Gemüter dieser Kollegen bei der vorliegenden Frage nicht zu belasten, hatte ich meinen vollen Namen beigefügt; ich glaube also korrekt und sachgemäß gehandelt zu haben. 2. Kollege Pf. meint, es sei nicht wohlgethan, jetzt die Steuerfrage zu betrachten. Diese Ansicht ist mir unverständlich; sie läuft auf die Politik des Vogels Strauß hinaus. Es ist meines Erachtens nicht bloß wohlgethan, sondern geradezu notwendig, klipp und klar zu der Frage Stellung zu nehmen, bevor die gesetzgebenden Faktoren dies thun; die Veranlassung hierzu bieten, abgesehen von den Abmachungen bei der Beratung des Kommunalabgabengesetzes, die Petitionen, welche bereits bei dem Abgeordneten- und Herrenhause eingegangen sind. Kollege Pf. erwidert ferner, wenn wir eine allgemeine Standesvertretung in allen öffentlichen Einrichtungen haben werden, wenn wir faktisch den unserem Stande entsprechenden Beamtengruppen gleichgestellt sein werden, dann mag die betreffende Lehrer- generation die Frage in meinem Sinne beantworten. Ja, liebster Vetter und Kollege, wenn die beiden Vordersätze in Erfüllung gegangen sein werden, dann hat die Lehrerschaft überhaupt nicht mehr nötig, zu der Frage in meinem Sinne Stellung zu nehmen, dann ist dieselbe sicher bereits gelöst. Die Erfüllung wird aber nicht eintreffen, wenn wir uns auf Privilegien zurückziehen. Der Zug der Zeit ist für Beseitigung, aber nicht für Konservierung derselben. 3. Kollege Pf. schreibt am Eingange seiner Erwiderung: »Ideell betrachtet, erscheint der Schlusssatz, nach welchem wir event. auf das Steuerprivilegium verzichten sollen, annehmbar.« Anfänglich war ich geneigt, in diesem Satze eine Zustimmung zu meinem Standpunkte zu suchen; allein schließlich musste ich doch Zweifel hegen, da ja dann für den Kollegen Pf. alle Veranlassung für seine Erwiderung weggefallen wäre. Ich glaube annehmen zu sollen, dass der Gegensatz auf einer missverständlichen Auffassung der Bedingungen, deren Erfüllung ich als Voraussetzung für das Aufgeben des Kommunalsteuerprivilegiums bezeichnet habe, beruht. Es ist zunächst historisch nicht berechtigt, das passive kommunale Wahlrecht in kausalen Zusammenhang mit der Kommunalsteuerbefreiung zu bringen; der Erlass der ganzen Kommunalsteuer für die Volksschullehrer war 1822 vor allen Dingen eine Finanzmaßregel.

Die durch die Kriege finanziell sehr erschöpften Gemeinden sollten hinsichtlich der baren Gemeindeausgaben möglichst geschont werden, und die Lehrer erhielten ein solches Minimum in barem Gelde (50 Thlr. der ordentliche, 20—30 Thlr. der Hilfslehrer auf dem Lande), dass man, um mich wenigstens einmal einer ornithologischen Redewendung zu bedienen, aus dem leeren Neste nicht gut Eier nehmen konnte. Wäre dieses Steuerprivileg nicht geschaffen worden, so hätte dasselbe von vornherein nicht als Deckmantel dienen können, um unsere Besoldung so sehr ins Hintertreffen zu rücken. Das Privileg war meines Erachtens von Anfang an ein Unsegen für den Lehrerstand. Da die Einführung desselben in erster Linie aus finanziellen Rücksichten erfolgte, so kann auch seine Beseitigung nur als Akt der Gerechtigkeit gelten, wenn durch eine zeitgemäße Besoldung, die der Bildung der Lehrer und der Bedeutung ihres Amtes entspricht, jene Rücksichten nicht mehr zutreffend sind. Dass ich die neue Besoldungsvorlage nicht als die Erfüllung der finanziellen Vorbedingung erachte,

brauche ich wohl nur anzudeuten; denn eine Gehaltsaufbesserung, die nur einem Bruchteile der Lehrerschaft eine minimale Aufbesserung bringt, ist nicht als hinreichendes Äquivalent anzusehen. Also zunächst eine zeitgemäße Besoldung und daneben die vollen Rechte eines Gemeindebürgers: dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Beseitigung der Kommunalsteuerfreiheit als ein Gerechtigkeitsakt angesehen werden kann.

Auf noch andere Ausführungen der Erwiderung, die ich nicht für einwandfrei halte, zu entgegnen, verzichte ich; es kam mir nur darauf an, den prinzipiellen Standpunkt nochmals scharf hervorzuheben.

„Tälsches Vulk.“

Kennen Sie den Strang-Willem, Herr Redakteur?

Sie klemmen Ihre Cigarre in den rechten Mundwinkel, paffen einige Züge und starren mich verständnislos an: „Strang-Willem?“

Ich dachte es mir, dass Sie meinen Freund nicht kennen. Es sind 16 Jahre her, dass Strang-Willem in diesem Blatte nichts mehr von sich hören ließ. Ihr Redaktionsgenie war damals noch nicht entdeckt. Der gute Töpler — ich meine natürlich den Ferdinand — herrschte in jenen Tagen im Erdgeschoss der Ursulinerstraße. Jetzt thronen Sie dort eine Etage höher, räumlich — geistig natürlich auch.

In unserer schnell dahinhastenden Zeit wird bald vergessen, wer sich thatenlos zur Seite stellt. Wer weiß heute noch etwas von dem Dichter Rothenburger aus Herrnstadt, von der „braunen Lise“ aus Goldberg, vom Strang-Willem? Wer sich in die Geschichte des schlesischen Lehrervereinslebens mit so kräftigen Lettern eingeschrieben hat wie mein Freund Kiesel in Znin, der kann es wagen, sich jahrelang in die Stille seiner dunklen Ecke zurückzuziehen. Der Strom, der durch das Gehölz flutet, schadet dem Eichbaum nicht, — das Niederholz drückt er verschlammend zur Erde.

Den Strang-Willem hat diese Erkenntnis nicht melancholisch gemacht. Er hat sich mit leichtem Herzen von dem Leserpublikum der Schulzeitung getrennt. Er weiß, dieses Publikum ist keine angenehme Gemeinde. Widersprechen Sie nicht, Herr Redakteur, Sie sind noch in der Frohlaune Ihrer „50jährigen“ Geburtstagsfeier. Sie sind viel zu klug, als dass Sie sich durch die augenblickliche Stille über dem Wassergrund täuschen lassen. „In der Tiefe brauset es hohl.“

Kollege Hermann Bauch, so heißt der Strang-Willem nämlich mit seinem ehrlichen Namen — er treibt, beiläufig bemerkt, auch sonst eine redliche Hantierung; denn er ist Rektor einer Breslauer Knabenschule vor dem „aalen, pulschen Oderthor“, wie Hugo Töpler einst so poetisch schön gesungen, — also Herr Bauch setzte sich hin und schrieb „Schnoken“ in schlesischer Mundart. Das 1. Bändchen übersandte er mir vor 11 Jahren, schlicht geheftet, und nannte es „Quietschvergnügt“. Das 2. Bändchen betitelte er „Huch de Schläsing“. Das Buch war einfach gebunden. Jetzt legt er sein drittes Schnokenbüchlein auf den Weihnachtstisch, in rotem Prachtband mit prunkender Goldschrift: „Tälsches Vulk“. Man sieht, es ist das Schnokenschreiben nicht bloß gefahrloser als die Kritik der Schul- und Lehrerverhältnisse, man macht damit heutzutage noch „ein Geschäft“ — das „bringt noch etwas ein“. Wissen Sie, Herr Redakteur, wie wäre es, schreiben wir auch Schnoken?

„Die Alp ist abgeweidet!“ sagt im „Tell“ der Senn zum Ruodi. Kollege Bauch hat schon in mancher Schnoke die „biesa Weiber“ behandelt. In seinem neuesten Büchlein führt er die „püffelgrobe“ Ruse-Lene dem Leser vor. Es ist herzbrechend, wie dieses weibliche Ungetüm den armen Tunke-Willem behandelt. Aber „es ist auf seinem Gipfel!“ Kollege Bauch bringt in diesem Schnokenbüchlein das Kapitel von den bösen Weibern endgiltig zum Abschluss.

Er hat in der ersten und umfangreichsten seiner Erzählungen eins der schwierigsten Probleme der Menschheit gelöst: „Wie wird a biese Weib kuriert?“

Außer mit meinem angetrauten „blonden Herzgespiel“ — Sie entschuldigen doch, Herr Nergelmeier — habe ich täglich gesellschaftlich und amtlich mit allerlei Weibervolk zu thun. „Voll ist ja leider von Weibern die Welt!“ klagt der Wikinger Björn dem Frithjof. Sie sind ja meist „wie die Lämmer so zahm.“ Aber ich muss es ja sagen, ich kenne auch manche „Ruse-Lene“ im Toque-Hütchen, modernen Sturmkragen und eleganten Pelz-Capes. Allen niedergedrückten Herren der Schöpfung liefert nun Kollege Bauch „Methode, Ploan und Gang“, wie man ein böses Weib kuriert. Wer von Tunke-Wilhelms unglücklichen Schicksalsgenossen will es wagen, die kommenden Weihnachtsfesttage zu einem energischen Versuche der Weiberkur nach „Pazelts Methode, Ploan und Gang“ zu benützen?

„Mein Sohn, was birgst du so bang dein Gesicht?“

In der zweiten Erzählung wird berichtet, „wie der Nippel-Tischler durchs Kerchagiehn im anne schiene Arbeit koam“. Das war ihm ganz recht, dem Duckmäuser! Was läuft er in die Kirche, wenn er sich in einem Zustande befindet, dass er die „Kratschmern“ und den Pfarrer nicht mehr zu unterscheiden vermag? Was man nicht ist, soll man auch nicht scheinen wollen.

Es giebt auch unter den Lehrern manchen Nippel. Sehen Sie, Kollege Nippel, wenn Sie die ehrliche Überzeugung haben, dass das Wohl des Vaterlandes in der konservativen Partei seine treuesten Hüter hat, dann wählen Sie konservativ; niemand wird mit Ihnen deswegen rechten. „Hoch! Graf Limburg-Stürum!“ Aber Sie dürfen in das Hochrufen der konservativen Wähler nicht mit einstimmen, wenn Sie damit Ihre Gesinnung verleugnen. Der Lehrer müsste endlich dieses charakterlose Schielen nach dem Herrenschlosse und dem Pfarrhause lassen und sich um kleiner persönlicher Interessen willen nicht zur Bedientenhaftigkeit erniedrigen.

Die dritte Erzählung trägt die Überschrift: „Liebschaft mit Hinderniss“. Der Held der Erzählung, der Schiefeld-Korle, „woar a gutter Tümmlich“. Nimm mir's nicht übel, lieber Bandmann, dass ich Dich mit dem Schiefeld-Korle vergleiche. Ein „Tümmlich“ bist Du nicht; aber zum „Heiroata“ kommst Du ebensowenig wie jener.

Ich bin kein Freund von dem zeitigen Heiraten der Lehrer. Aber die alten Junggesellen sind erst recht nicht nach meinem Geschmacke. Auch der beste Mensch wird schließlich durch das Junggesellenleben verdorben. Ich halte es deshalb für meine Freundespflicht, den schlesischen Lehrerrhäuptling bei jeder schicklichen Gelegenheit zum Heiraten zu „reizen“, um im Skatjargon zu reden. Wer wie unser Vereinsoberst das zumteil widerhaarige Volk der schlesischen Lehrer als richtiger „Bandmann“ so am Bündel hat wie er, der müsste seine Regierungskunst auch einmal an einem „schleescha Madel“ bewähren. „Du wirscht pankrot, poss uff, wenn Du nich endlich a Stand veränderscht und a fursch Weib eis Haus bringst!“ Werden diese Worte etwas nützen? Der Schiefeld-Korle fand endlich seine „gutte Bernbaum-Palline“, vielleicht findet unser „Hermann“ am Ende auch seine „Dorothea“.

Mit No. 4 begiebt sich der Verfasser auf das militärische Gebiet: „Wie der Infantriste de ganze Ormee schlüt.“ Die kriegerische Erzählung spielt in Klee-Knorpelwitz, und die Hauptperson ist der redegewandte „Bolbier“ Wuschper. Er hat einst bei „a Fußlotschern“ gedient und beweist den Knorpelwitzer Vertretern der „Attollrie“, „Kaffalrie“ und der „Tränker“ die Bedeutungslosigkeit dieser Waffen der Infanterie gegenüber. Sagen Sie, Herr Bauch, Sie werden doch nicht etwa wegen Herabwürdigung militärischer Einrichtungen eingesperrt werden?

„Wenn Infantrie do ihs,“ sagt der Barbier, „do dorf sich kee Tränker gemeckig macha.“ Je, je, ein Trainsoldat spielt heutzutage immer noch eine Rolle. Was ist gegen ihn der

Mann im Bürgerkleide? Die Infanterie schlägt alle übrigen Waffengattungen; so beweist der Barbier. Es bedarf heutzutage keines Beweises, dass sich kein Stand und Beruf dem Soldaten gegenüber „gemeckig“ machen darf. Wie zu Heinrich Heines Zeiten sind auch gegenwärtig die „Fährdrichs und die Leutnants“ die „klügsten Leute“.

In No. 5 wird erzählt, „wie der Kanter vo Grune zu em neue Backufa koam“. Es ist eine richtige Lehrerleidensgeschichte, und die lieben Kollegen „vom Durfe“ werden sich durch diese Lektüre ganz angeheimelt fühlen. „Untröstlich ist's noch allerwärts.“ Die Bauern von Grunau hatten ihren Kantor gern; „alleene wenn a woas verlangte, anne Reparatur vom Hause oder suster woas, do kroatza sie sich uffm Kuppe.“ Der schlimmste aber war der Schulze; „muchte der Kanter verlangta, woas a wulde, a soate: Nee!“ Der Schulze war auch schuld, dass der Kantor keinen neuen Backofen bekam. Er „hingertriebs immer“.

Der Schulze von Grunau, der ehemalige „Hulaner“, und Herr Miquel, der ehemalige Schulze von Frankfurt a/M., gleichen sich wie ein Ei dem andern. Die preußischen Lehrer hofften so zuversichtlich, man werde ihnen endlich mit dem neuen Besoldungsgesetze einen neuen Backofen bauen. Denn der alte war schlecht, „moedig schlecht“. Aber Herr Miquel „hingertrieb's“.

Man möchte „plotzen vor Buust“. Alle die hochgeborenen Barone und Grafen, die als Vertreter Schlesiens im Landtage sitzen, sind bereit, für eine Erhöhung der Lehrergehälter mitwirken zu wollen; wir haben einen Unterrichtsminister, der das wärmste Herz für die Not der Lehrer wiederholt bekundete; wir haben einen Überschuss von 60 Millionen und einen Finanzminister, der einstens als Führer der nationalliberalen Partei für die Lehrer die schönsten Worte hatte, und doch sagt der ehemalige Schulze von Frankfurt: „Nee!“

Wenn man erleben muss, dass selbst das Wort von Männern, die etwas gelten „in der Landsgemeinde“, sich nicht als vollgewichtig erweist, dann kann man allerdings vom Bäcker aus „Kleedurf“ und vom „Großdurfer Quorgmacher“ nicht „gutt Gewichte“ verlangen und muss sich darein finden, dass diese beiden Biedermänner ihren lieben Nächsten in gemüthlichster Unverfrorenheit übers Ohr hauen.

Ich kann es der Krämer-Palline aus Zuta nicht verdenken, dass sie sich über den „falschen Zupp“ aufregte, den sie im geschenkten Syruptopfe fand. Ein Haarzopf im Syrup!

Ach, es ist uns allen in den Syruptopf unserer Weihnachtsfreude ein dicker Zopf geworfen worden. Der Zopf aus der Silsterwitzer Mühle erwies sich schließlich als ein verunglückter Schlammpeizger; wenn aus dem Miquelschen Haarzopf überhaupt etwas wird, dann ist es im günstigsten Falle ein — Hering.

„Ach, Harung, armer Harung!“

Es ist „tälsches Vulk“, was um uns herum sein Wesen treibt. Der Knurpelwitzer Schulze hat ganz recht: „Lacha muss ma über die Norrheeten. Is Biesesein hilft nisch.“

Darum lege das Büchlein Deiner Gattin unter den Christbaum, und wenn bei dem Verlaufe der Dinge im Landtage der böse Geist des Unmuts und Grimms über Dich kommen will, dann greife nach dem ulkigen roten Büchlein und lies ein Kapitel vom „tälschen Vulk“.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Lehrerbesoldungsgesetz.

trat Freitag-Abend unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Porsch zur ersten Sitzung zusammen. Mit dem Kultusminister Dr. Bosse waren Ministerialdirektor Dr. Kügler und die Geh. Räte v. Bremen und Chappuis erschienen, das Finanzministerium war durch die Geh. Räte Germar und Leutpold vertreten. Von einer allgemeinen Erörterung wurde Abstand genommen und beschlossen, zwei Lesungen vorzunehmen. Abg. Oberlehrer Dr. Irmer (kons.) wurde zum Berichterstatter bestellt. § 1, der im allgemeinen besagt, dass das Dienst-einkommen der Lehrer in einer festen Besoldung, in Alterszulagen und in freier Dienstwohnung oder entsprechender Mietsentschädigung

besteht, gab zu keiner wesentlichen Erörterung Anlass. § 2 setzt als Mindestgehalt für Lehrer 900, für Lehrerinnen 700 \mathcal{M} jährlich fest. Direktoren, Lehrer an Volksschulen mit drei oder mehr Lehrkräften, denen Leitungsbefugnisse übertragen sind, (Hauptlehrer), sollen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse ein höheres Grundgehalt erhalten. Hierzu lagen folgende Anträge vor: a. von nationalliberaler und freikonservativer Seite, an Stelle von 900 \mathcal{M} zu setzen 1000 \mathcal{M} , und an Stelle von 700 \mathcal{M} zu setzen 750 \mathcal{M} ; b. von konservativer Seite: an Stelle von 900 und 700 \mathcal{M} zu setzen 1000 und 900 \mathcal{M} ; c. von freisinniger Seite an Stelle von 900 \mathcal{M} bzw. 700 \mathcal{M} zu setzen 1200 \mathcal{M} und 900 \mathcal{M} . Ein freikonservativer Eventualantrag will das Grundgehalt der ersten und alleinstehenden Lehrer auf 1000 \mathcal{M} erhöhen, das der Lehrerinnen auf 900 \mathcal{M} und es bei dem Grundgehalt der übrigen Lehrer belassen. Die Freikonservativen beantragen für § 3 folgende Fassung: »Die Besoldung der einstweilig angestellten Lehrer und Lehrerinnen, sowie derjenigen Lehrer, welche noch nicht fünf (statt vier) Jahre im öffentlichen Schuldienst gestanden haben, beträgt weniger als das Grundgehalt der betreffenden Schulstelle. Während der beiden ersten Dienstjahre erhalten Lehrer mindestens 800, Lehrerinnen mindestens 700 \mathcal{M} . Dieser Satz steigt im dritten bis fünften Dienstjahr um 50 \mathcal{M} jährlich. Der Mindestbetrag kann durch Beschluss des Schulverbands auf einen geringern Bruchteil beschränkt werden.« Ferner sind in Bezug auf die Alterszulagen eine Reihe von Anträgen gestellt worden. Der nationalliberale Antrag will den Jahresbetrag von 80 auf 100 \mathcal{M} bzw. von 60 auf 75 \mathcal{M} erhöhen, demgemäß den Maximalbetrag auf 900 bzw. 675 \mathcal{M} , dasselbe verlangt ein Antrag der Zentrumsparthei bei Lehrerinnen auf 80 \mathcal{M} bzw. 720 \mathcal{M} . Ein Antrag der Freikonservativen verlangt ebenfalls die Erhöhung von 80 auf 100 \mathcal{M} , aber mit dem Maximum von 1000 \mathcal{M} ; dagegen will der Antrag für die Lehrerinnen in Anbetracht der von den Freikonservativen beantragten Erhöhung des Grundgehalts derselben von 700 auf 900 \mathcal{M} die Alterszulagen für dieselben herabsetzen von 60 auf 50 und im Maximum von 540 auf 500 \mathcal{M} . Das Zentrum will die Alterszulage für Lehrer im § 6 auf jährlich 100 (statt 80) steigend von 3 zu 3 Jahren um je 80 \mathcal{M} bis auf jährlich 900 \mathcal{M} erhöhen, für Lehrerinnen auf jährlich 80 (statt 60) \mathcal{M} , steigend von 3 zu 3 Jahren um je 80 bis auf jährlich 720 \mathcal{M} . Der Antrag der Konservativen stimmt überein mit dem Antrag des Zentrums, nur soll bei Lehrerinnen nicht die Erhöhung von 60 auf 80, sondern nur auf 75 \mathcal{M} stattfinden mit dem Maximum von 675 \mathcal{M} . Es sei noch darauf aufmerksam gemacht, dass nach dem Vorschlag der Konservativen neun gleich hohe Zulagen gewährt werden, dass die drei ersten in Zwischenräumen von je drei, die drei folgenden in Zwischenräumen von je zwei und die drei letzten wiederum in Zwischenräumen von je drei Jahren gewährt werden sollen. Der Kultusminister Dr. Bosse sprach sich gegen die gleichzeitige Erhöhung des Grundgehalts und der Alterszulagen aus, glaubte aber, für eine Erhöhung der letztern auf 90 \mathcal{M} die Zustimmung der Königl. Staatsregierung in Aussicht stellen zu können. Eine gleichlautende Erklärung wurde von dem Vertreter des Finanzministers abgegeben. Dieser führte insbesondere aus, dass der Staatsaufwand für das Volksschulwesen in Preußen von 4170000 \mathcal{M} im Jahre 1871 gestiegen sei auf 65828000 \mathcal{M} im Jahre 1896/97. — Hatte es auch den Anschein, als wenn fast alle Parteien entschlossen wären, die ungenügenden Sätze des Besoldungsentwurfs auf eine einigermaßen angemessene Höhe zu bringen, so haben doch die Verhandlungen gezeigt, dass dieser gute Wille der Parteien zumeist nicht so fest ist, um der Regierung gegenüber standzuhalten. Der Kultusminister Bosse erklärte, wie oben angedeutet, rundweg, eine gleichmäßige Erhöhung des Grundgehalts und der Alterszulagen gefährde das Zustandekommen des Gesetzes. Eine mäßige Erhöhung der Alterszulagen von je 80 \mathcal{M} auf je 90 \mathcal{M} sei nach Lage der Finanzen noch möglich, obwohl dies schon eine Mehrbelastung von zwei Millionen Mark etwa jährlich bedeute. Darüber hinaus könne die Staatsregierung nicht gehen. Dieser abweisenden Haltung der Regierung gegenüber, die sich auf nichts als finanzielle Hindernisse berufen konnte, was bei der jetzigen Finanzlage wenig beweiskräftig erscheint, gaben die Konservativen das Bestreben zu erkennen, in ihrer Lehrerfreundlichkeit nicht zu weit zu gehen. Ihr Vertreter erklärte: »Wahre Freunde der Lehrer müssen sich in ihren Wünschen nach den Erklärungen der Staatsregierung bescheiden.« Ohne Umschweife erklärte der Vertreter des Zentrums, dass er mit seinen politischen Freunden für das unveränderte Grundgehalt stimmen werde. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Diese wurde auf die nächste Sitzung verschoben. — Sonnabend-Abend wurde die Beratung fortgesetzt bei § 2 der Vorlage, und zwar über das Grundgehalt der Lehrerinnen. Die Nationalliberalen beantragten eine Erhöhung auf 750 \mathcal{M} , die Freikonservativen auf 900 \mathcal{M} . Diese wollen den dadurch bedingten Mehraufwand wieder einbringen durch eine Ermäßigung der Alterszulagen von 60 \mathcal{M} auf 50 \mathcal{M} . Von freisinniger Seite wird die Erhöhung des Grundgehalts auf 900 \mathcal{M} vorgeschlagen. Das Zentrum, und in wesentlicher Übereinstimmung mit ihm auch die konservative Fraktion, will die Lehrerinnen nur bei den Alterszulagen in erhöhtem Maße bedenken. Von freikonservativer Seite wird im Laufe der Debatte für den Fall, dass eine Erhöhung des Grundgehalts für Lehrer abgelehnt wird, die Erhöhung des Grundgehalts für Lehrerinnen auf 800 \mathcal{M} beantragt, sowie ferner folgender Zusatz zu Abs. 1 des § 2: »in allen andern Orten muss das Grundgehalt höher bemessen werden«. In der Abstimmung

wird der freisinnige Antrag mit allen gegen eine, alle übrigen auf eine Erhöhung des Grundgehalts der Lehrer abzielenden Anträge der werden mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt und mit derselben Mehrheit der Antrag auf Einfügung des erwähnten Zusatzes. Auch § 3 (Besoldung der jüngern Lehrer) bleibt unverändert. Bei § 4, der die Besoldungsverhältnisse bei Verbindung von Schul- und Kirchenämtern regelt, wird Abs. 1 debattelos angenommen. Zu § 4 liegen ferner folgende Anträge vor: a. von freikonservativer Seite als Abs. 2 einzuschalten: »das Grundgehalt ist mindestens um ein Fünftel höher, als es ohne Verbindung mit einem Kirchenamt betragen würde, sofern nicht die mit diesem verbundene Mehrarbeit so gering ist, dass ein Mehrbetrag in dieser Höhe nicht im richtigen Verhältnis steht; b. vom Zentrum: Abs. 3 also zu fassen: »Bei Bemessung des Mehrbetrags ist die Mehrarbeit sowie die Höhe der kirchlichen Einkünfte zu berücksichtigen. Derselbe darf aber die Gesamtsumme dieser Einkünfte und Einnahmen zuzüglich des Nutzungswerts des den kirchlichen Interessenten gehörigen Anteils an dem Schul- und Küsterhaus nicht übersteigen. Die Feststellung des Mehrbetrags hat nach Benehmen mit den kirchlichen Behörden zu geschehen.« Nachdem im Laufe der Erörterung von der Regierung erklärt worden, dass in jedem einzelnen Falle die örtlichen Verhältnisse genügende Berücksichtigung finden würden, wird der Zentrumsantrag bis auf den letzten Schlusssatz zurückgezogen. Dieser Schlusssatz wird angenommen mit 12 gegen 9 Stimmen; der freikonservative Antrag wird gegen 3 Stimmen abgelehnt, im übrigen § 4 angenommen. Die Beratung der §§ 5 und 6 (Alterszulagen) wird ausgesetzt, bis das körperliche Befinden des Finanzministers dessen Beteiligung an den Kommissionsverhandlungen ermöglicht. Dabei giebt der Kultusminister Dr. Bosse die Erklärung ab, dass er an seiner gestrigen Erklärung über die Alterszulagen festhalten müsse und eine Stellungnahme der Königl. Staatsregierung zu etwaigen andern Beschlüssen der Kommission bis nach Abschluss der ersten Lesung sich vorbehalten müsse. Zu § 7 (Anspruch auf Alterszulagen) wird ein konservativer Antrag mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen, der Abs. 2 in der Fassung der früheren Regierungsvorlage wie folgt wiederhergestellt: »Die Versagung bedarf der Genehmigung der Regierung«. § 8 (Alterszulagekassen) bleibt in Abs. 1—9 unverändert. Ein konservativer Antrag will den Abs. 10 (Expropriationsbefugnis der größten Stadtgemeinden in den Alterszulagekassen) streichen und Abs. 11 dahin ändern, dass die Bestimmung nur auf die Stadt Berlin Anwendung findet. Beide Anträge werden angenommen, die weitere Beratung wird auf Montag-Abend vertagt. Das Stimmenverhältnis 12:9 zeigte deutlich, dass einerseits Konservative und Zentrum, andererseits in der Minorität Freikonservative, Nationalliberale und Freisinnige zusammengehen.

Montag-Abend wurde die Beratung fortgesetzt. Die §§ 9 und 10 (Beginn der Zahlung der Alterszulagen und Berechnung der Dienstzeit für die Gewährung der Bezüge) wurden ohne Debatte genehmigt. Zu § 11 (Anrechnung der Dienstzeit an Privatschulen) beantragt das Zentrum: a. Abs. 1 Nr. 2 wie folgt abzuändern: »sofern sie (die Lehrer und Lehrerinnen) erst nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in den öffentlichen Volksschuldienst übertreten, erlangen sie eine Anrechnung dieser Dienstzeit oder eines Teils derselben soweit, als ein Alterskassenzulagebeitrag von jährlich 335 \mathcal{M} bzw. 185 \mathcal{M} für diese Zeit, rückwärts jedoch nicht über den 1. April 1897 hinaus und bei Lehrern für nicht mehr als 10, bei Lehrerinnen für nicht mehr als 8 Jahre, an die Alterszulagekasse, in Berlin an die Schulkasse nachgezahlt wird. Bei der Nachzahlung sind jedoch diejenigen Beträge in Abzug zu bringen, welche sie an Alterszulagen zu dem Einheitsatz von 100 \mathcal{M} bzw. 80 \mathcal{M} erhalten haben würden, wenn sie während der Zeit, für die der Alterszulagekassenbeitrag nachgezahlt wird, sich bereits im öffentlichen Volksschuldienst befunden hätten. In Berlin sind die Schulunterhaltungspflichtigen befugt, auf die Nachzahlung zu verzichten; b. dem § 11 folgenden Schlusssatz hinzuzufügen: »Die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen erfolgte Anrechnung gilt auch für die Berechnung des Ruhegehalts«. Im Laufe der Debatte wird von den Vertretern der Regierung wiederholt darauf hingewiesen, dass der Antrag die Interessen der Privatlehrer insofern schädige, als deren Übertritt in den öffentlichen Schuldienst immer mehr erschwert wird, je älter sie werden. Auf die Anfrage eines nationalliberalen Mitgliedes wird die Bedeutung des der Vorlage neu hinzugefügten Abs. 3 (Anrechnung der Zeit im außerpreussischen Privatschuldienst) dahin präzisiert, dass er die Interessen der im Ausland gegründeten deutschen Schulen schützen soll. In der Abstimmung werden Abs. 1 Nr. 1 und 3, sowie Absatz 2 und 3 einstimmig, der Antrag des Zentrums mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen. — Die §§ 12 bis 19 (Dienstwohnung, Mietsentschädigung, Brennmaterial, Dienstland, Naturalleistungen) passieren ohne Debatte. — Zu § 20 (Anrechnung von anderweitigen Bezügen auf das Grundgehalt) liegen folgende Anträge vor: a. von freikonservativer Seite, Nr. 1 folgendermaßen zu fassen: »der Ertrag der Landnutzung mit dem ein- bis dreifachen Grundsteuer-Reinertrag; b. von nationalliberaler Seite: A. Ziffer 3 dahin zu fassen: »das Brennmaterial mit einem Zwanzigstel des Grundgehalts oder der nach § 3 gewährten Besoldung; B. den letzten Absatz der Ziffer 2 zu streichen und an Stelle dessen dem Paragraphen folgenden Schlusssatz anzufügen: »Die auf Grund der obigen Bestimmungen getroffenen Festsetzungen über die Bewertung gelten auch für die Berechnung des Ruhegehalts; c. vom Zentrum: § 20 Nr. 3

wie folgt zu ändern: »Das nach § 17 Absatz 1 zu beschaffende Brennmaterial wird mit einem Zwanzigstel des Grundgehalts oder der nach § 3 gewährten Besoldung angerechnet. Im übrigen wird etc. (wie der Entwurf)«. Der Zentrumsantrag wird im Laufe der Debatte zurückgezogen und in der Abstimmung der freikonservative Antrag gegen drei Stimmen abgelehnt, dagegen der nationalliberale Antrag einstimmig angenommen. Damit sind also die Bemühungen, die Anrechnung nach dem Grundsteuer-Reinertrag in feste Formen zu fassen, gescheitert, dagegen ist in Bezug auf die Forderung eine kleine Verbesserung erreicht. — Zu § 22 (Versetzung, Umzugskosten) beantragt das Zentrum die Streichung des Absatzes 1 und im Absatz 2 die Worte »oder in Vollstreckung einer der Strafversetzung verhängenden Entscheidung der Disziplinarbehörde« zu streichen. Für den Fall der Streichung des Absatzes 1 wird von konservativer Seite die Einfügung eines neuen Absatzes 3 beantragt: »Unberührt bleibt die Vorschrift in Artikel III Absatz 3 vom 15. Juli 1896«. Für den Fall der Annahme der Regierungsvorlage will ein nationalliberaler Antrag dem Absatz 1 die Worte hinzufügen: »jedoch darf die Verminderung des Dienst Einkommens nicht mehr als ein Fünftel desselben betragen«. Der Zentrumsantrag wird mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen, damit ist der nationalliberale Antrag gefallen; das konservative Amendement wird einstimmig genehmigt. Damit ist der ominöse § 22, insoweit er auch Strafversetzungen festsetzte, und gegen den sich die Meinung der Lehrerschaft mit Recht empörte, zur Beruhigung der Lehrer gefallen. Er wurde abgelehnt durch die Konservativen, das Zentrum und das freisinnige Mitglied der Kommission (Knörcke). Von seiten der Regierung war der Paragraph wieder warm empfohlen worden »im Interesse der Lehrer! — In § 23 (Gnadenquartal) werden die ersten sieben Absätze unverändert angenommen, der neu angefügte Schlusssatz (die Schulunterhaltungspflichtigen sind verbunden, die Kosten für die Vertretung im Amte zu tragen) wird gegen die nationalliberalen, freikonservativen und die freisinnige Stimme gestrichen. — Der Rest des Gesetzes bis § 28 wird debattelos angenommen. Nur § 27 (Leistungen des Staats) und ebenso wie vorher die §§ 5 und 6 (Alterszulagen) ausgesetzt bis zum Erscheinen des Finanzministers in der Kommission.

Am Mittwoch wurden die zurückgestellten §§ 5 und 6, betreffend die Alterszulagen beraten, welche nach der Vorlage für Lehrer 80 \mathcal{M} , steigend von drei zu drei Jahren um je 80 \mathcal{M} bis auf 720 \mathcal{M} ; für Lehrerinnen jährlich 60 \mathcal{M} , bis 540 \mathcal{M} steigend, betragen sollen. Es liegen folgende Anträge vor: a. von konservativer Seite, § 5 wie folgt zu fassen: »Die Alterszulagen sind nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in der Weise zu gewähren, dass der Bezug nach siebenjähriger Dienstzeit im öffentlichen Schuldienst beginnt, dass neun gleich hohe Zulagen gewährt werden, dass die drei ersten in Zwischenräumen zu je drei, die drei folgenden in Zwischenräumen zu zwei, und die drei letzten wiederum in Zwischenräumen zu je drei Jahren gewährt werden«. § 6 soll folgende Fassung erhalten: »Die Alterszulage darf in keinem Falle weniger betragen als für Lehrer jährlich 100 \mathcal{M} , steigend bis auf jährlich 900 \mathcal{M} ; für Lehrerinnen jährlich 80 \mathcal{M} , steigend bis 720 \mathcal{M} ; b. von nationalliberaler Seite, im § 6 statt 80 \mathcal{M} zu setzen 100 \mathcal{M} , statt 720 \mathcal{M} zu setzen 900 \mathcal{M} , und für Lehrerinnen statt 60 und 540 \mathcal{M} zu setzen: 75 bzw. 675 \mathcal{M} , c. vom Zentrum: die Zahlen 100 und 900, bzw. für Lehrerinnen 80 und 720 \mathcal{M} zu setzen, d. von freikonservativer Seite: § 5 wie folgt zu fassen: »Die Alterszulagen sind nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in der Weise zu gewähren, dass der Bezug nach siebenjähriger Dienstzeit im öffentlichen Schuldienst beginnt und dass die drei ersten Zahlungen in Zwischenräumen von drei Jahren mit je 100 \mathcal{M} jährlich, die drei folgenden in Zwischenräumen von zwei Jahren mit je 150 \mathcal{M} jährlich, die drei letzten aber mit je 50 \mathcal{M} , wiederum in Zwischenräumen von drei Jahren zu zahlen sind« und § 6 folgendermaßen zu fassen: »Die Alterszulagen für Lehrerinnen sind in der Weise zu gewähren, dass der Bezug derselben nach vierjähriger Dienstzeit im öffentlichen Schuldienst beginnt und dass neun gleich hohe Zulagen in Zwischenräumen von drei Jahren zu jährlich 80 \mathcal{M} bis auf jährlich 720 \mathcal{M} zu zahlen sind.« In der Diskussion wurde von Seiten der Konservativen betont, dass sie an einer Erhöhung der Zulagen um 20 \mathcal{M} unter allen Umständen festhalten würden und sich event. vorbehielten, falls die durch die beiden Richtungen ihres Antrags erforderlichen Mittel von rund 6 Millionen Mark aus Staatsmitteln nicht sollten bereit gestellt werden können, bei § 27 auf eine Kürzung der für die größeren Städte vorgesehenen Zuwendungen zurückzukommen. Gegen diese Tendenz wurde nicht nur von verschiedenen Mitgliedern der Kommission, sondern auch von dem Finanzminister Dr. Miquel Widerspruch erhoben. Er warnte dringend davor, die in der Vorlage vorgeschlagene Zuwendung an die größeren Städte herabzumindern. Im übrigen berechnete er den Aufwand an Staatsmitteln, der bei einer Erhöhung der Alterszulagen um 20 \mathcal{M} und bei einer anderweitigen Abstufung der einzelnen Zulagen durch die Vorlage bedingt werde, auf 11532000 \mathcal{M} . Gegen die letztern Maßnahmen sprach er, schon mit Rücksicht auf die bei allen unmittelbaren Staatsbeamten eingeführte Regelung, sich sehr entschieden aus, weniger bestimmt gegen eine Erhöhung der Zulagen um 20 \mathcal{M} , wenn er auch die Zustimmung des Staatsministeriums zu dieser noch nicht glaubte in Aussicht stellen zu können. Der Minister mahnte wiederholt: »Halten Sie Maß!« Auf die Anfrage eines nationalliberalen Mitglieds

gab Minister Dr. Miquel die Erklärung ab, dass die Einnahmen aus den Gerichtskosten und den Stempelabgaben nach Erlass der beiden neuen Gesetze zwar gestiegen seien, dass sich aber zur Zeit noch nicht übersehen lasse, ob dieser Effekt eine unmittelbare Folge der neuen Gesetze, oder eine Folge der allgemeinen Hebung der wirtschaftlichen Lage sei. Im übrigen ist seitens der Königl. Staatsregierung der Kommission eine Nachweisung vorgelegt worden über den finanziellen Effekt der Vorlage, sowie einer Erhöhung der Alterszulagen um 10 bzw. 20 \mathcal{M} . Wir entnehmen der Nachweisung folgendes: In den drei Rechnungsjahren 1893—1896 sind Stellen für Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen neu errichtet durchschnittlich im Jahre: a. in Orten, in denen noch nicht 25 Stellen vorhanden waren, für erste und alleinstehende Lehrer 186, für zweite und folgende Lehrer 683, für Lehrerinnen 129, für Hilfslehrer 3, zusammen 1001. An Staatsbeiträgen zu dem Dienstinkommen dieser Lehrer und Lehrerinnen werden zu zahlen sein insgesamt 318000 \mathcal{M} ; b. in Orten, in denen bereits 25 Stellen vorhanden waren, für erste und alleinstehende Lehrer 46, für zweite und folgende Lehrer 389, für Lehrerinnen 252 und für Hilfslehrer 24, zusammen 711. Nach der Vorlage würden für die in diesen Orten künftig anzustellenden Lehrer gesetzliche Staatsbeiträge zu dem Dienstinkommen nicht mehr zu zahlen sein. Die demnach zu erwartende Verringerung der jährlichen Steigerung des Staatsaufwands beträgt insgesamt 179900 \mathcal{M} . Werden die Alterszulagen der Lehrer auf je 90 \mathcal{M} für jede Stufe bemessen, so ist ihr zur Deckung des zu erwartenden Aufwands eine Erhöhung des Staatszuschusses um rund 34 \mathcal{M} , also auf 304 \mathcal{M} für jede Lehrerstelle erforderlich, wenn die Schulverbände durch die Steigerung des Aufwands nicht belastet werden sollen. Bei einer Erhöhung der Alterszulagen der Lehrerinnen um je 10 \mathcal{M} für jede Stufe ergibt sich ein Mehraufwand für jede Stelle von rund 23 \mathcal{M} , mithin eine Erhöhung des Staatszuschusses auf 161 \mathcal{M} . Die zu erwartende jährliche Steigerung des Staatsaufwands beläuft sich hiernach auf $(871 \text{ Lehrstellen} \times 304 \mathcal{M}) 264784 \mathcal{M}$ und $(130 \text{ Stellen für Lehrerinnen} \times 161 \mathcal{M}) 20930 \mathcal{M}$, also zusammen auf 285714 \mathcal{M} . Dagegen fällt die Steigerung der bisher gezahlten Alterszulage von jährlich 135561 \mathcal{M} fort. Es bleibt somit eine Erhöhung der jährlichen Steigerung des Staatsaufwands um 150153 \mathcal{M} . Bei einer weiteren Erhöhung der Alterszulagen um je 10 \mathcal{M} für jede Stufe würde sich der Staatszuschuss für jede Stelle um weitere 33 \mathcal{M} (für Lehrerinnen 23 \mathcal{M}) steigern, die Staatslasten mithin sich um 31733 \mathcal{M} erhöhen. Rechnet man ferner die jährliche Steigerung der Pensionen mit 144684 \mathcal{M} , der Zuschüsse zu den Lehrer-, Witwen- und Waisenkassen mit durchschnittlich 33765 \mathcal{M} , sowie die für Errichtung neuer Schulstellen bereit zu stellenden Staatsmittel mit rund 80000 \mathcal{M} , so beläuft sich die absolute jährliche Steigerung des Staatsaufwands bei Alterszulagen von 100 bzw. 80 \mathcal{M} auf 893896 \mathcal{M} . Außerdem kommt in Betracht, dass sich der Staatsaufwand für das Volksschulwesen im Durchschnitt der sechsjährigen Periode von 1890/91 bis 1896/97 um rund 1168000 \mathcal{M} gesteigert hat. — Aus der Debatte darf hervorgehoben werden, dass das freisinnige Mitglied für den Fall der Annahme des konservativen Antrags eine Beruhigung der in der Lehrerwelt zur Zeit herrschenden Erregung glaubte in Aussicht stellen zu können und dass auch die Mitglieder des Zentrums das Gesetz ohne eine Erhöhung der Alterszulagen um 20 \mathcal{M} für unannehmbar erklärten. In der Abstimmung wurde, nachdem der freisinnige Antrag zurückgezogen worden, der konservative Antrag über die Gestaltung der §§ 5 und 6 einstimmig angenommen.

Nach der Mittagspause wurden zunächst in Gemäßheit der zu den §§ 5 und 6 gefassten Beschlüsse die Ziffern in den §§ 8, 11 und 27 entsprechend geändert. Die Beratung wandte sich sodann zu § 27 (Leistungen des Staates), dessen erste fünf Absätze mit der eben erwähnten Änderung ohne Debatte angenommen wurden. Zu Nr. VI lag ein nationalliberaler Antrag vor, folgende Fassung zu geben: »Denjenigen politischen Gemeinden, denen nach den Bestimmungen zu I, II und IV am 1. April 1897 geringere Zahlungen aus der Staatskasse zu leisten sind, als ihnen nach den Vorschriften der Gesetze vom 14. Juni 1888 und 31. März 1889 zustehen würden, wird dieser Ausfall durch Gewährung eines dauernden Zuschusses aus der Staatskasse ersetzt.« Ferner sollte Absatz 3 folgende Fassung erhalten: »Die nach Absatz 1 und 2 zu gewährenden festen Zuschüsse sind nach oben auf volle 100 \mathcal{M} abzurunden.« Gegen beide Anträge erklärten sich die Mitglieder der beiden konservativen Parteien und des Zentrums. Der Antrag wurde mit 15 gegen 6 Stimmen abgelehnt und der ganze § 27 unverändert angenommen, ebenso die Überschrift und Einleitung des Gesetzes. Darauf wurde in die Beratung der folgenden von freikonservativer Seite eingebrachten Resolution eingetreten: »Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, möglichst noch in der gegenwärtigen Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Versorgung der Hinterbliebenen der Volksschullehrer unter Anlehnung an die Ruhegehaltskassen und unter Gewährung entsprechender Staatszuschüsse nach den Bestimmungen ordnet, welche für die Hinterbliebenen der Staatsbeamten gelten.« Der Regierungsvertreter wies darauf hin, dass die Grundsätze über eine Neuregelung der Bezüge für die Hinterbliebenen der Staatsbeamten noch nicht festständen, dass aber bei der Königl. Staatsregierung nach wie vor der gute Wille vorhanden sei zu einer bessern Fürsorge für die Hinterbliebenen der Volksschullehrer. Auch von verschiedenen Seiten der Kommission

wurde darauf hingewiesen, dass die Resolution geeignet sei, das Zustandekommen des Lehrerbessoldungsgesetzes zu gefährden. Die Resolution wurde darauf zurückgezogen. Damit ist die erste Lesung des Lehrerbessoldungsgesetzes abgeschlossen. Die nächste Sitzung für die zweite Lesung der Vorlage ist auf Freitag-Abend anberaumt.

Die Stellungnahme der Lehrer des ober-schlesischen Industriebezirks zu dem neuen Entwurf des Besoldungsgesetzes.

Jeden treu zur Lehrerfahne Stehenden wird es jederzeit mit Freude erfüllen, wenn er im Kreise tapferer Kollegen zusammenkommt, die auf ihre Fahne geschrieben haben: Unsere Kraft der Schule und dem Stände. Nun, wer am Sonnabend, den 5. d. M., in Wandelsaale in Königshütte landete, der konnte in dem Einigkeitsgefühl schweben. Da saßen sie nebeneinander, die Direktoren und Klassenlehrer, die Stadt- und Landlehrer, die Katholischen und Evangelischen aus dem Industriebezirk, alle einig in dem Gedanken, dass auch von dieser wohl eigenartigsten Gegend ein Vorstoß gegen die niederen Zahlen des Entwurfs unternommen werden müsse. Als der Leiter der Versammlung, Kollege Heide-Königshütte, die Glocke schwang, da trat tiefe Stille ein an Stelle des Brausens, das eben noch durch die über 500 Teilnehmer zählende Versammlung gegangen war. Nach einigen kurzen einleitenden Worten des Vorsitzenden erfüllten drei begeisterte Rufe auf Se. Majestät den Kaiser den Raum. Nun betrat der erste Referent, Kollege Dittrich-Königshütte, die Rednerbühne und führte Folgendes aus:

Die Lehrerschaft begrüßt mit Dank die Wiedereinbringung des Besoldungsgesetzes und wünscht dessen Zustandekommen. Besonderen Dank bringt die Versammlung dem Kultusminister entgegen, welcher so schnell den Entwurf eingebracht und dies damit begründet habe, dass etwas geschehen muss, da die jetzigen Besoldungsverhältnisse der Lehrer unhaltbar seien. Das neue Gesetz bringt leider nur $\frac{1}{7}$ (12000) von allen preussischen Lehrern eine Aufbesserung. Die Gehälter der Lehrer müssen aber so beschaffen sein, dass sie zum Leben ausreichen, ohne dass der Lehrer sich Nebenbeschäftigungen widmen muss. Bedauerlich sei es, dass sich im Abgeordnetenhaus kein einziger Redner gefunden, der auf die hiesigen teuren Lebensverhältnisse aufmerksam gemacht hätte, während man doch den westlichen Industriebezirk stets erwähne. Die Forderung eines Grundgehaltes von 1200 \mathcal{M} erscheint gerade in der hiesigen Gegend berechtigt. Der Finanzminister gesteht selbst zu, dass viele leistungsfähige Gemeinden ihren Verpflichtungen gegen die Lehrer nicht nachkommen; deshalb müssen der Schulaufsichtsbehörde gesetzliche Mittel in die Hand gegeben werden, solche saumelige Orte zur Erfüllung dieser Pflichten zu zwingen. Die Wünsche der Lehrerschaft gehen dahin, dass neben dem Grundgehalt auch die Alterszulagen erhöht werden und in kürzeren Zwischenräumen erfolgen, dass das Grundgehalt in 25 Jahren sich verdoppelt, die Lehrer auf die Zulagen einen rechtlichen Anspruch haben und dieselben nur auf Grund einer Disziplinaruntersuchung entzogen werden können. (Beifall.)

Im Anschluss daran schlug der Redner vor, folgende Resolution anzunehmen:

Die heute in Königshütte O/S. versammelten Lehrer des ober-schlesischen Industriebezirks halten es für dringend notwendig, dass die Besoldungsfrage gesetzlich geregelt werde. Sie sind darum dankbar

der Königl. Staatsregierung für die Wiedereinbringung des Lehrerbessoldungsgesetzes und

dem hohen Hause der Abgeordneten für das Wohlwollen, welches dem Gesetze in der ersten Lesung entgegengebracht wurde, und für die Bereitwilligkeit, demselben zur Annahme zu verfahren.

Angesichts der Thatsache jedoch:

dass diejenigen Kategorien der mittleren Staatsbeamten — deren die Lehrer hinsichtlich ihrer Vorbildung und des Maßes der zur Erlangung derselben aufzuwendenden Kräfte, sowie hinsichtlich ihrer sozialen Stellung und der Bedeutung und Schwierigkeit ihrer amtlichen Pflichten als gleichstehend zu erachten sind — schon jetzt erheblich höhere Gehaltssätze als die Volksschullehrer beziehen und durch die in Aussicht stehende Neuregelung der Beamtengehälter eine weitere Erhöhung ihrer Amtseinkünfte erhalten sollen, in Erwägung ferner:

dass die Volksschullehrer auch nach den Sätzen des in Aussicht stehenden Gesetzes im allgemeinen nicht besser, sondern eher schlechter als die, weder in Bezug auf Vorbildung noch sonst in irgend einer Richtung mit ihnen in Vergleich zu ziehenden staatlichen und korporativen Unterbeamten gestellt sind, erscheint die Festsetzung der Lehrergehälter, wie sie in dem Entwurf des Lehrerbessoldungsgesetzes geplant ist, insbesondere in dem ober-schlesischen Industriebezirk, wo nicht bloß die Preise der Lebensmittel und aller Lebensbedürfnisse ausnahmsweise hohe sind, sondern auch die Lebenshaltung der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit erhöhte Anforderungen an den Einzelnen stellt, als eine Zurücksetzung der Volksschullehrer und als eine schwere Schädigung der Volksschule.

Ehe die Debatte über diese Resolution eröffnet wurde, erhielt erst der zweite Redner, Lehrer Urbanek-Laurahütte das Wort. Aus seinen Ausführungen sei erwähnt:

Der Entwurf befindet sich gegenwärtig in der Kommission, wo man die einzelnen Paragraphen so zustutzen will, dass er bei seinem Eintreffen im Abgeordnetenhaus sich fein und lieblich präsentiere, den Lehrern zur Freude und niemandem zu Leide. Bis das Kunststück gelungen sein wird, beschäftigt sich die Lehrerschaft mit den Fragen: Was bringt uns der Entwurf? und: Wie stellen sich die Lehrer zu dem Gebotenen? Weil der Entwurf dieselben Sätze beibehalten hat wie sein Vorgänger, so ist die Antwort dieselbe wie im vorigen Jahre: Einem Teile der Lehrer bringt der Entwurf nichts, einem andern nur wenig. Deshalb ist auch die Unzufriedenheit dieselbe, welche diesmal, durch die Zeitverhältnisse veranlasst, in Erbitterung übergegangen ist. Da werden einer Beamtenklasse, die schon längst annähernd gut besoldet ist, Millionen ausgeworfen, und einer andern Beamtenklasse, die schon 100 Jahre auf eine Besserstellung harret und sich während dieser Zeit größtenteils von der Hoffnung genährt hat, wird ein Linsengericht angeboten. Man meint eben, wenn jemand jahrelang unter dem harten Druck der Verhältnisse gelebt hat, dann muss es ihm schon eine unbändige Freude bereiten, wenn man ihm nur einen Teil dieses Druckes abnimmt. Das ist ja Logik, aber eine traurige Logik. Der Lehrer muss auf trübe Gedanken kommen, wenn er einen Vergleich zwischen seinem Einkommen und jenem der Beamten zieht, welchen gleichgestellt zu werden er berechtigt ist. Die Lehrer verstehen ja nicht viel, manches aber verstehen sie doch, z. B.: Wir leben in demselben Staate, und zwar in einem Rechtsstaate. Wo bleibt aber das Recht, wenn zwei Beamten, welche dieselbe Bildung genossen haben und dem Staate gleiche Arbeit leisten, sich in der Besoldung wie 1:3 verhalten. Freilich wird die gleiche Bildung, diese gleiche Arbeitsleistung von den Gegnern des Lehrerstandes geleugnet. Man sehe sich doch aber im Leben um! Wer ist überall der Vertreter und Verbreiter geistiger Interessen in den mittleren und unteren Volksschichten? Der Lehrer. Wer aber geistige Interessen vertritt, muss doch vorher selbst eine geistige Durchbildung erfahren haben. Sollte die dem Lehrer im Schlate gekommen sein, oder sollte sich gerade auf ihn das Sprichwort beziehen: Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand? Freilich hat man behauptet, dass die untersten Staatsbeamten den Lehrern zuweilen an Bildung übertreffen. Dann muss aber doch zugegeben werden, dass diese Unterbeamten auch die mittleren Staatsbeamten an Bildung übertreffen, dass also Fälle vorhanden sind, dass der Unterbeamte dem Vorgesetzten überlegen ist. Solche Fälle wird die Staatsverwaltung doch sicher nicht zugeben wollen. Andererseits erkennt der Staat ja diese gleiche Bildung selbst an. Das ist geschehen durch die Erteilung des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses an Seminarabiturienten, das geschieht durch die Einreihung der Volksschullehrer unter die mittleren Staatsbeamten, sobald sie an einer Kadettenanstalt oder Strafanstalt angestellt werden. Durch diese Anstellung ist doch die Bildung dieselbe geblieben, nur die Firma hat sich geändert. Nachdem der Redner die bekannten Differenzen zwischen dem Einkommen eines Lehrers und dem eines mittleren Staatsbeamten zur Sprache gebracht hatte, ging er auf das Verhältnis der Lehrer im Industriebezirk zu den Privatbeamten über. Der Industriebezirk ist unlegbar eine der teuersten Gegenden in Preußen. Man scheint aber diesen Bezirk gar nicht zu kennen, nur seine goldenen Früchte, die Laurahütter und Bismarckhütter Aktien. Durch die Gegend kreist ein mächtiger Geldstrom, aus dem sich Tausende ihre Taschen füllen, während der Lehrer sich mit einigen, ihm mit süß-saurer Miene abgetretenen Pfennigen begnügen muss. Es ist da nur natürlich, dass ihn der Neid über die günstigen Einnahmen der Privatbeamten erfüllen muss. Die unteren und mittleren technischen Beamten übertreffen in ihrem Einkommen den Lehrer um das Drei- und Fünffache. Die unteren Bürobeamten gehen zwar meist nicht über 3000 \mathcal{M} hinaus, aber was für eine Bildung haben dieselben zumeist? Mit 14 Jahren treten sie in ein Bureau, heften und sortieren Akten und beziehen dafür 1 \mathcal{M} pro Tag. Das Schichtlohn steigt bis 4,50 \mathcal{M} pro Tag. Mit 25 Jahren wird bei den größeren Gewerkschaften der Schichtlöhner als Beamter angestellt. Er bezieht dann 1800 \mathcal{M} Gehalt, 300 \mathcal{M} Wohnungsentschädigung, 180 Zentner Kohlen — außerdem wird er mit dem Tage pensionsberechtigt. Im Alter von 30 Jahren hat dieser Beamte gewöhnlich neben freier Wohnung und Feuerung ein Gehalt von 2100—2400 \mathcal{M} . Ein solches Einkommen erreichen aber die meisten Lehrer des hiesigen Bezirks nie. Welche Gedanken müssen aber den alten grauhaarigen Lehrer erfüllen, wenn er mit früheren Schülern an einem Tische sitzt und diese Miniaturprotzen sich mit Gehältern brüsten, die das seinige um das Dreifache übersteigen? Der Entwurf mit seinem Maximalsatz bietet gegen früher ein Plus von 220 \mathcal{M} , wenn man diesen Betrag plus nennen will. Für die Lehrer des Industriebezirks ist die Bemerkung wertvoller, dass das Grundgehalt von 900 \mathcal{M} nur für ganz billige Orte gilt. Bei den hiesigen teuren Lebensverhältnissen dürfen sie ohne weiteres über den Betrag zur Tagesordnung übergehen. Zahlen doch einige Orte des Bezirks an und für sich höhere Gehälter. Im allgemeinen kann man die Orte des Industriebezirks nach den Besoldungsverhältnissen der Lehrer in vier Gruppen einteilen. In erster Reihe stehen einzelne Städte, welche die Besoldungsfrage an-

nähernd nach den Verhältnissen geregelt haben, wie Beuthen und Kattowitz. Höchstgehalt 2660 \mathcal{M} . Die anderen Städte hinken mehr oder weniger nach.

Am ungünstigsten liegen die Besoldungsverhältnisse in Königshütte. Einzelne, allerdings nur wenige ländliche Orte haben eine günstige Ortsskala, und außerdem werden den Lehrern noch die staatlichen Alterszulagen gezahlt. Zu diesen Glücklichen gehört ein Teil der Lehrer von Laurahütte. In dritter Reihe kommen die vielen Orte mit der unglücklichen Rosdziner Skala: 900 \mathcal{M} Anfangsgehalt, steigend von 5 zu 5 Jahren um ganze 75 \mathcal{M} bis zu dem Höchstgehalt von 1200 \mathcal{M} . Die übrigen Orte haben noch Stellingehalt, und die Lehrer derselben sind mit der Erhöhung des Gehalts auf den Tod des Vorgängers angewiesen. Im allgemeinen kann man sagen: Die Lehrergehälter im oberschlesischen Industriebezirk sind schlecht, miserabel schlecht, am schlechtesten in jenen Orten, wo neten der Kommune noch ein Patronat Einfluss auf das Lehrergehalt hat. Am schlimmsten sind die Patrone, welche, im Wohlleben schwimmend, keine Ahnung von Kummer und Nahrungssorgen haben. Wenn es dem Entwurf gelingt, alle diese Verhältnisse zu durchbrechen und eine Gleichheit nach oben zu erzielen, dann hat er seine Pflicht gethan. Die Lehrer werden sich dankbar dafür bezeigen, sehr dankbar; ist doch die Dankbarkeit seit einem Jahrhundert in ihren Kreisen aufgestapelt worden, und es ist so wenig Gelegenheit gewesen, diese Tugend an den Mann zu bringen. Die Lehrer des Industriebezirks erhoffen das Zustandekommen des Gesetzes, aber sie wünschen mindestens 1200 \mathcal{M} Grundgehalt, steigend in 25 Jahren um das Doppelte, eine angemessene Wohnungsentschädigung und die Zahlung der ersten Zulage nach dem 5. Dienstjahre. Das sind nicht frivole, das sind bescheidene und gerechte Forderungen. (Beifall.)

Die Debatte über die Resolution war eine sehr lebhaft. An derselben beteiligten sich die Rektoren Elsner, Hoffmann, Nitschke aus Königshütte, Mittelschullehrer Reimann-Kattowitz u. a. Dann betrat Hüttendirektor Kollmann-Bismarckhütte die Rednertribüne und äußerte sich, von dem brausenden Beifall der Anwesenden immer wieder unterbrochen, über seine Ansichten zu der Lehrerbeseoldung folgendermaßen:

M. H., ich habe mich unter ihnen als Laie eingefunden und gebe meiner Freude über die eben gehörten Ausführungen Ausdruck. Ich bin selbst Lehrersohn und kenne zur Genüge die Leiden und Freuden des Lehrerberufs. Die Frage, die Sie heute behandelt haben, habe ich schon vor 40 Jahren so lebhaft erörtern hören, damals, als noch der alte Harkort lebte. M. H., wenn ich ein Maler wäre und eine Allegorie der Hoffnung malen sollte, dann würde ich mir zum Modell den preussischen Volksschullehrer nehmen, von dem man sagen kann: Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf. M. H. Sie schätzen mit Recht Ihren Kultusminister so hoch, ich meine aber, wenn der Minister eine gleich lebhaft Tätigkeit entwickeln würde wie der Finanzminister, dann wäre heute die Versammlung nicht nötig gewesen. Den Standpunkt des Finanzministers den Forderungen der Lehrer gegenüber kann man durch die Bemerkung kennzeichnen: Wo's nichts kostet, zahle ich die Hälfte. Als seiner Zeit Miquel im Abgeordnetenhaus sich über Gemeinde- und Staatsschule äußerte, und von der letzteren nichts wissen wollte, um nicht eine Art von Chinesentum zu schaffen, so war das nicht der richtige Grund, den er angab. Miquel that dasselbe wie Crispin, er schneidet der einen Partei Schuhe von dem Leder zu, das er der andern genommen hat. Der berühmte englische Politiker Macaulay sagt: »Wenn der Staat das Recht hat, den Menschen zu hängen, so hat er auch die Pflicht, ihn zu erziehen.« Der preussische Staat zahlt aber den Wachtmeistern und Gendarmen ein höheres Gehalt dafür, dass sie Spitzbuben fangen, als den Bildnern der Jugend, welche die Menschen so erziehen sollen, dass sie dem Gendarmen nicht in die Hände laufen. Der Beruf des Lehrers ist ein idealer, und ich freue mich darüber, dass beide Referenten dies betont haben. Das freut mich aber nicht, wenn ich sehe, dass das Vaterland erst dann an die Lehrer herankommt, wenn es sie braucht. Gerade hier im oberschlesischen Industriebezirk haben die Lehrer in der letzten Zeit bewiesen, wie kräftig sie das Deutschtum zu halten wissen, und da hat der Staat die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, diese Lehrer so zu stellen, dass sie nicht darben. Wer die Schule hat, der hat die Zukunft; wenn aber der Staat die Schule dem Deutschtum erhalten will, dann muss er zahlen. Darüber waren sich auch ja alle Abgeordneten bei der ersten Lesung einig. Wenn aber die Lehrer mit ihren Forderungen Eindruck machen wollen, dann müssen sie sich mehr organisieren, sie müssen einig sein (Stürmisches Bravo!), dann erst werden sie Erfolg haben. Das beste Wort in den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus sprach der Abgeordnete v. Kardorff. »Wenn das Gesetz nicht durchgeht, dann bin ich für die Aufbesserung der anderen Beamtengehälter nicht zu haben.« Der Mann hat sich dadurch ein dauerndes Verdienst um die Volksschule erworben (Bravo!)

Als Lehrerfreund möchte ich Sie bitten, im großen und ganzen der Resolution zuzustimmen. Besonders halte ich den Punkt 2 für wichtig. Miquel fühlt selbst, dass 900 \mathcal{M} Grundgehalt den Lehrer nicht befriedigen können, deshalb will er bei der Erhöhung der Alterszulagen mit sich sprechen lassen. Einem Feinde aber muss man goldene Brücken bauen, man muss Miquel einzufangen suchen. In den 31 Jahren meiner Tätigkeit habe ich gefunden, dass die königliche Regierung immer eher bereit war, den Lehrern ihre materielle

Stellung zu verbessern als die Schulinteressenten, und am schlimmsten sind, wie sich der Herr Korreferent mit feiner Ironie ausdrückte, die Patrone, und die Lehrer unter ihnen am unglücklichsten. Ich gebe Ihnen die Versicherung, dass der Herr Regierungspräsident in Oppeln und der Herr Oberpräsident in Breslau kein Hindernis bei der Aufbesserung der Lehrerbesoldungen sind. Meine Herren! Sie sind zu lange bescheiden gewesen, fragen Sie doch einmal den Finanzminister, was für ein Einkommen sein Thürsteher bezieht! Der Herr Referent hat seine Ausführungen mit den Worten begonnen: »Ans Vaterland, ans treue, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen!« — ich will meine Ausführungen ebenfalls mit einem Worte Attinghausens schließen: »Drum haltet fest zusammen — fest und ewig — dass sich der Bund zum Bunde rasch versammle — seid einig — einig — einig!« (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Hierauf wird über die Resolution abgestimmt und dieselbe einstimmig angenommen. Dieselbe soll durch den Rektor und Abgeordneten Latacz dem Abgeordnetenhaus überreicht werden, auch dem Kultusminister wird dieselbe zugesandt. Einen wichtigen Antrag brachte Lehrer Kühnel-Kl.-Dombrowka ein:

1. Die Führung und Leitung in dem Bestreben der Lehrer des Industrie-Bezirks, eine Verbesserung des Lehrerbesoldungsgesetzes herbeizuführen, übernimmt der Vorstand des Gauverbandes.
2. Derselbe errichtet zu gedachtem Zwecke eine Kommission, bestehend aus je 2 Mitgliedern eines jeden Lehrervereins im ober-schles. Industrie-Bezirk.
3. Die Tagung der Kommission findet in Ober-Heiduk statt.
4. Aufgabe der Kommission ist die aufmerksame Verfolgung der Entwicklung der gegenwärtigen Lehrerbesoldungsangelegenheit, insbesondere aber — falls die Lehrerbesoldungsvorlage Gesetz wird — die Einleitung und Ausführung solcher Maßnahmen, welche notwendig und förderlich sind, um ein höheres Grundgehalt und entsprechende Dienstalterszulagen — begründet durch die eigenartigen Verhältnisse des ober-schlesischen Industrie-Bezirks — bei der Königl. Bezirks-Regierung durchzusetzen.

Der Antrag wurde einstimmig mit der Abänderung angenommen, dass alle Vereine, gleichviel welcher Partei, Vertreter in diese Kommission entsenden. Der Gauvorstand Königshütte hat vorläufig die Einberufung einer Vertreterversammlung übernommen, auf welcher die Bildung der Kommission definitiv erfolgen soll. Nachdem dem Herrn Kultusminister ein Ergebenheitstelegramm abgesandt worden war, wurde die Versammlung mit dem Liede: »Deutschland, Deutschland über alles« geschlossen.

Es ist wohl kein Teilnehmer in der Versammlung gewesen, welcher der Entwicklung der Besoldungsangelegenheit im ober-schlesischen Industriebezirk mit allzu sanguinischen Hoffnungen entgegensteht. Nur im Traume kehrt das ersehnte Glück ein. Da hat sich wohl auch nach diesem Abend so mancher Kollege im Besitze der goldenen Früchte des Lebens gewähnt, ein Gefühl der Kraft durchströmte ihn wie einen Nietzsches Übermenschen und seine Lippen murmelten: »Es ist eine Lust zu leben« — bis zum Erwachen am grauen Morgen.

R. U.

Wochenschau.

Wie auf dem Nordseedampfer nach Helgoland ist uns diese Woche zumute gewesen; bald schwebten wir in der Höhe, bald ging es in die Tiefe. Ordentlich sehkrank konnte man werden von dem fortwährenden Studium der wechselvollen Berichte und Beschlüsse aus der Kommission. Vor acht Tagen berichteten wir mit fettem Druck und magerster Hoffnung von der Ablehnung jeglicher Erhöhung des Grundgehalts und den 10 *M* Zulage pro Altersstufe. Trübseliger konnte unsere Stimmung nicht sein. Doch siehe da, rasch schnellte der flinksegelnde Gesetzeskutter auf den Kamm einer Woge, die man kaum vorausgesehen hatte. Einstimmig erklärte sich die gesamte Mannschaft in der Kommission für 100 *M* Alterszulagen und ein schnelleres Aufrücken in der Mitte, also für mittlere Perioden zu 2 Jahren, sodass das Höchstgehalt schon 3 Jahre früher erreicht würde. Diesen Beschluss fassten mit zähem Druck die Konservativen. Der Herr Finanzminister war in der Kommission und wandte sich nach Leibeskräften gegen die Ungleichheit der einzelnen Stufen, jammernd, dass diese Maßregel dem Staate wohlgezählte 11 Millionen kosten würde. Und richtig, Sonnabend schon, in der zweiten Lesung, wurde wieder ein einstimmiger Beschluss gefasst und der ganze Gesetzesentwurf angenommen. Aber gefallen waren die schönen Zwischenstufen von 2 Jahren; es bleibt also bei den 31 Dienstjahren für die letzte Altersstufe, die mancher angegebende Sechziger kaum erreichen wird, dieweil er schon die

letzte Stufe in das Erdkammerlein hinuntergestiegen ist. Und wie kam das? Die Regierung hatte ihr letztes Wort gesprochen, wie die Herren der Kommission wenigstens glaubten. Das Äußerste, wozu sie sich verstand, waren die 100 *M* Zulage für jede Stufe. Noch verschiedene kleine Änderungen an einzelnen bereits gefassten Beschlüssen wurden vorgenommen, so z. B. fiel die Anrechnung des Brennmaterials mit $\frac{1}{20}$ des Grundgehaltes — und die 2. Lesung war vorüber. Nun stehen wir wieder vor dem Plenum, wo sich die Dinge auch schnell genug abwickeln werden. Einzelne städtische Vertreter nur werden sieh mit Hand und Fuß sträuben. Nach Neujahr beginnt dann der dritte Akt im Herrenhause, der sehr leicht wieder eine tragikomische Wendung verspricht.

Auf Einzelheiten aus den Kommissionsverhandlungen wollen und können wir uns hier nicht weiter einlassen. Nur müssen wir unsere Verwunderung darüber aussprechen, dass gerade der freisinnige Abg. Knörcke »im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes« die Streichung der Verschiedenheit in der Abstufung der Perioden für die Alterszulagen zu beantragen sich gedrungen fühlte. Dieses Geschäft hätten schon andere Leute besorgt. Es nimmt sich auffällig aus, dass 6 Freikonservative und Nationalliberale mannhaft gegen diesen Antrag von links her stimmten. Noch absonderlicher erscheint die hochpolitische Stellungnahme des Kollegen Latacz. Wir geben nach der »Kathol. Schlztg.« den gewiss authentischen Bericht wieder. Danach präzierte der genannte Centrumsmann seinen Standpunkt etwa wie folgt:

»Dass ich als Mitglied des Standes, um dessen Besoldung es sich hier handelt, ein genügendes Interesse für diesen Stand hege, das wird man für selbstverständlich halten, ebenso, dass ich für jede Aufbesserung eintrete, die ich nach meiner Auffassung der Sachlage nur irgend für möglich halte. Aber alle meine Abstimmungen mache ich abhängig von dem Ergebnis der Erwägung, ob der zur Abstimmung stehende Fall eine Förderung oder eine Gefährdung des Zustandekommens des ganzen Gesetzes bedeutet. Denn es handelt sich mir darum, nach Möglichkeit dazu beizutragen, dass das Gesetz diesmal wirklich zu stande kommt. Ich möchte um keinen Preis etwa mit daran schuld sein, wenn die Lehrerschaft zum zweitenmale eine Enttäuschung wie im Frühjahr, eine so bittere Enttäuschung erleben sollte. Dass der Entwurf wirklich Gesetz werde, ist also mein Hauptziel. Wenn ich nun nach meiner Auffassung der Lage irgend eine Änderung, und sei sie an sich auch eine den Lehrern günstige Änderung, als eine Gefährdung des Zustandekommens des Ganzen erkenne, so werde ich dagegen stimmen im Interesse eines endlichen Anfangs einer gesetzlichen Regelung der Lehrergehälter. Nun erscheinen mir nach meiner Beobachtung unseres Hauses bei der ersten Plenarberatung des Entwurfs, nach den Erklärungen der Staatsregierung und nach meinem Urteile über das Herrenhaus die Anträge, die auf eine Erhöhung des Mindestsatzes des Grundgehalts für die billigsten Gegenden ausgehen, als eine wirkliche Gefährdung des Zustandekommens des ganzen Gesetzes. Meine politischen Freunde, die wie ich das Zustandekommen des Gesetzes erstreben, billigen meine Auffassung der Lage und werden auch demgemäß stimmen. So sehr es mir also wider das Herz ist, ich werde in Bezug auf das Grundgehalt für den Satz stimmen, den der Entwurf bringt, und befinde mich im Einverständnis mit meinen politischen Freunden.«

Wir können nur konstatieren, dass in der letzten allgemeinen Versammlung des Bresl. Lehrervereins ein starker Unwillen gegen diese Äußerungen sich kundgab. In derselben Nummer obengenannter Schulzeitung ist an vorderster Stelle die Petition des Vereins katholischer Lehrer Schlesiens enthalten, worin um ein Grundgehalt von 1200 *M* und ein Höchstgehalt von 2400 *M* gebeten wird. Mochte der Abg. Latacz nach den verschiedenen Strömungen, die er namhaft macht, auch vorsehen, dass sich das Maß des Gebotenen weit darunter halten, ja nicht einmal eine kleine Erhöhung des Grundgehalts bringen wird, so hätte er doch der Letzte sein müssen, der kleinlaut bald am Anfang die Forderungen aller seiner Kollegen fallen ließ. Was helfen da alle seine Lamentationen! Gefährdet war das Gesetz nicht, wenn er auch geschwiegen hätte und als Lehrer seiner ersten Meinung treu geblieben wäre. So musste er es erleben, dass die Vertreter der Nationalliberalen, der Freisinnigen und sogar der Freikonservativen eine Erhöhung des Grundgehalts beantragt und auch in diesem Sinne gestimmt haben. Der Lehrer — sprach und stimmte dagegen. Wenigstens

Breslau, 17. Dezember 1896.

als Redner für das gesamte Zentrum hätte sich gerade dieser Abgeordnete nicht vorschreiben lassen sollen. Mit Energie würde wohl die Mehrzahl der Lehrer einen solchen Posten abgelehnt haben. In hohe Achtung hätte sich der Kollege bei allen seinen Standesgenossen gesetzt, wenn er als Einzelner in diesem Falle aus den Reihen seiner eisernen Fraktion herausgetreten wäre und gegen den Willen derselben gestimmt hätte. Brannte ihm nicht der Brief des Geistlichen Rats Kremski in der Tasche? Die kleine Gabe, die er da nach Hause bringt, ist ja kaum ein Tropfen, den der oberschlesische Seelenhirt zur Linderung harten Elends wünscht. Herr L. aber durfte keinen aktiven Anteil an dieser ungünstigen Wendung haben. Auch die Petition der großen Lehrerversammlung aus dem oberschlesischen Industriebezirk ist Herrn L. zu kräftiger Befürwortung zugegangen. So möge er denn noch einmal die 600 versammeln und hören, wie sie sein Vorgehen beurteilen, wie Herr Direktor Kollmann, der glühende und hinreißende Redner von Königshütte, diese Handlungsweise begutachtet. Herr Direktor Kollmann ist nicht etwa nur ein Mann von Worten; mit entschiedenen Thaten hat er bewiesen, was unermüdliche Fürsorge für Schule und Lehrerstand heißt, und wenn es nun gelten wird, auf dem Boden des neuen Gesetzes Feststellungen vorzunehmen zur Neuordnung der Dinge, so wird sich sein starker Einfluss in günstigster Weise bemerkbar machen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn Herr Kollmann dem wackeren Harkort an die Seite gesetzt wird; dergleichen Vertreter müssten wir im Parlamente haben. Vielleicht findet sich Gelegenheit, bei den nächsten Wahlen nach dieser Richtung hin einen kräftigen Schritt zu thun. — Eine Gehaltskommission, wie sie unsere oberschlesischen Kollegen in Aussicht der kommenden schwierigen Aufgaben wählen wollen, wird sich allenthalben als eine unumgängliche Notwendigkeit erweisen, auch hier in Breslau. Für das kleinste Dorf ist vorzusehen, dass es von dem Odium des billigsten Ortes, à 900 M., errettet wird. In diesem Stadium werden Haushaltungsnachweise gute Dienste thun.

Zur Lehrerbesoldung sind uns von einem niederschlesischen Kollegen sehr wichtige Ausführungen zugegangen, die wir hiermit wörtlich veröffentlichen. Vielleicht lässt sich auf dieser Grundlage etwas sehr Gutes erreichen. Der Kollege schreibt:

»Durch die Äußerungen fast sämtlicher, besonders konservativer Abgeordneten betreffend Erhöhung des Grundgehaltes der Landlehrer zieht sich der Gedanke: Es ist sehr schwer, wo nicht unmöglich, auf eine Erhöhung einzugehen, da noch kein Gesetz besteht, welches die Unterhaltungspflicht regelt.

Dieser Gedanke hat für die evangelischen Schulen Schlesiens seine Richtigkeit, nicht aber für die katholischen, da für diese schon ein solches Gesetz im katholischen Schulreglement vom 18. Mai 1801 besteht. Auch für die evangelischen Schulen hat lange Zeit, bis 1876, der Landtagsabschied vom 22. Februar 1829 als Reglement gegolten. Darnach hatten die Herrschaften ein Viertel zum Gehalte des Lehrers beizutragen. Im Jahre 1876 wurde der Landtagsabschied auf die Klage des damaligen Kameraldirektors Krätzig, Vertreter der Schaffgotschschen Herrschaften, durch das Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt, weil derselbe nicht vorschriftsmäßig publiziert u. s. w. war.

Nun trat der merkwürdige Zustand ein, dass die Herrschaften zur Unterhaltung der evangelischen Schulen nichts zu zahlen hatten, aber alle Rechte behielten.

Wäre es da nicht an der Zeit, wenn evangelische Lehrer und Gemeinden gemeinsam vorgingen und in einer Petition an die beiden Häuser des Landtages bäten, dass diese Angelegenheit, wie 1879 schon Herr v. Puttkamer zugesagt hat, für Schlesien geregelt würde.

Es kann doch nicht schwer sein, für die evangelischen Schulen Schlesiens ein Notgesetz zu schaffen, welches nur eines Paragraphen bedarf. Etwa in folgender Fassung:

Dem Landtagsabschiede des Königs Friedrich Wilhelm III. vom 22. Februar 1829, welcher durch Entscheid des Oberverwaltungsgerichts für ungültig erklärt worden ist, wird bis zum Erlass eines Schulunterhaltungsgesetzes Gesetzeskraft verliehen.

Oder:

Die Bestimmungen des katholischen Schulreglements vom 18. Mai 1801 werden auch auf die evangelischen Schulen Schlesiens ausgedehnt.

Dadurch wäre für Schlesien die Schulunterhaltungspflicht geregelt und könnte nun mit der Erhöhung der Grundgehälter vorgegangen werden.

Der Inhalt dieses Schriftstücks möge von den Kollegen sorgfältig erwogen werden.

Wir können für diesmal noch nicht abschließen, ohne noch einen Blick zu werfen auf die letzten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über Fortbildungsschulen.

Der für Verbreitung von Volksbildung rastlos thätige Abgeordnete von Schenckendorff hatte folgenden Antrag gestellt:

»Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Fortbildungsschulwesen, — dem gewerblichen, landwirtschaftlichen, kaufmännischen und weiblichen — künftig eine höhere Beachtung, insbesondere durch vermehrte Staatsmittel zuzuwenden.«

Seine Rede gipfelte in dem Satze: »In Preußen muss die Fortbildungsschule als obligatorische Gemeindeschule errichtet werden,« eine Forderung, die auf dem Lehrertage in Stuttgart mit großem Nachdruck vertreten wurde und bald darauf in Württemberg überall zur Durchführung gekommen ist. In Preußen ist man in diesem Punkte viel bedenkllicher, hauptsächlich wohl aus finanziellen Gründen. Der Finanzminister ergriff in der Debatte auch das Wort und meinte:

»Es ist ja außerordentlich schwierig, die obligatorische Fortbildungsschule auf das ganze Land auszudehnen, denn es ist richtig, dass die Fortbildungsschule dadurch, dass sie obligatorisch gemacht wird, sehr verschlechtert wird. Die fakultative Fortbildungsschule, wo die jungen Leute den größten Eifer bethätigen, kann besser wirken, als die obligatorische, wo man ungenügend vorbereitete und nur mit Widerwillen arbeitende Lehrlinge hat. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt des Handelsministers, dass es bedenklich ist, ohne weiteres Zwangs-Fortbildungsschulen zu errichten, dass es vielmehr besser sei, es vorläufig bei dem bisherigen Zustande zu belassen. Der gewerbliche Unterricht wird sehr geschädigt durch den außerordentlich großen Mangel an genügender Elementar-Ausbildung der Lehrlinge. Gerade die Söhne der gutsituierten Handwerker gehen meist aus dem Handwerk heraus, und dieses ist also genötigt, auf immer geringer vorgebildete Leute als Lehrlinge zurückzugreifen. Infolgedessen sind die Schulen gezwungen, einen erheblichen Teil ihrer Kräfte auf die elementare Ausbildung zu werfen, und damit werden dem gewerblichen Unterricht sehr enge Grenzen gezogen.«

Auch der nachfolgende Satz aus der Rede des Herrn Miquel ist von prinzipieller Wichtigkeit:

»Erleichtern wir den Gemeinden die Errichtung solcher Schulen durch hohe Staatszuwendungen, so führt das allmählich bei mangelnden festen Grundsätzen zu der Gefahr der Verstaatlichung dieser Schulen.«

Klagt Herr Miquel über die mangelhafte Elementarausbildung der Lehrlinge, so verurteilt der Handelsminister Brefeld mit noch viel schärferen, ganz unglaublich klingenden Worten die äußerst ärmliche Bildung der Elementarlehrer selbst. Wir citieren nach der »Bresl. Ztg.« folgende Ausführungen:

»Es lässt sich nicht leugnen, dass das bisherige Lehrpersonal, wie es die Volksschule liefert, für den Fortbildungsunterricht nicht ausreicht. Der Unterricht sowohl im Rechnen wie im Deutschen geht über das Maß der Volksschule hinaus. Die Dezimalrechnung, die Berechnung fester Körper machen den Volksschullehrern große Schwierigkeiten.«

Vorläufig können wir uns nicht denken, dass ein an der Spitze unseres Staatswesens mitwirkender Mann jemals solche unhaltbare Äußerungen und noch dazu an der öffentlichsten Stelle des Landes aussprechen kann. Wir werden vor allen Dingen zunächst danach trachten, das Stenogramm der Sitzung in unsere Hände zu bekommen. Erweist sich die Sache dann wahr und buchstäblich, so wird wohl die gesamte, schwergetroffene preussische Lehrerschaft Schutz und öffentliche Rechtfertigung bei ihrem höchsten Vorgesetzten, dem Kultusminister, suchen müssen. Für heut nur soviel.

Korrespondenzen.

Berlin. Beim Kaiserpaare fand am Sonnabendabend im Neuen Palais bei Potsdam eine große musikalische Abendunterhaltung im Marmorsaal statt. Es waren dazu gegen 340 Einladungen ergangen, und zwar an die in Berlin und Potsdam anwesenden Fürstlichkeiten, die Botschafter, Gesandten, sämtliche Minister, die kommandierenden

Generale, die Herren des Hauptquartiers des Kaisers nebst ihren Gemahlinnen, und an die Potsdamer Gesellschaft. Für die Geladenen, welche in Berlin wohnen, ging abends um 6 Uhr 10 Minuten ein Sonderzug vom Potsdamer Bahnhofe nach Wildpark ab, wo Equipagen zur Fahrt nach dem Neuen Palais bereit standen. Das reichhaltige Programm der Abendunterhaltung wurde von dem Berliner Lehrer-gesangsverein, von den Mitgliedern des Königl. Domchors, sowie von etwa 55 Kammermusikern ausgeführt. Nach Beendigung des Konzerts wurde das Souper im Muschelsaale eingenommen, und zwar an kleinen Tischen. Die Rückfahrt der Berliner Gäste des Kaiserpaars erfolgte von der Wildparkstation wiederum mittelst Sonderzuges.

Breslau. In der Schlusssitzung des Allg. Bresl. Lehrervereins am 9. d. M. wurden für das Vereinsjahr 1897 gewählt: Rektor Kunz zum 1. Vorsitzenden, Lehrer Kynast zum 2. Vorsitzenden, Mittelschullehrer Grosser zum 1. Schriftführer, Lehrer Lachnitt zum 2. Schriftführer und Lehrer G. Pietsch zum Kassierer. Dem scheidenden Vorstände, insbesondere dem ersten Vorsitzenden, Herrn Rektor Opitz, wurden aus der Mitte der Versammlung herzliche Worte der Anerkennung gewidmet. Zu Vertrauensmännern wurden gewählt: Opitz, Bandmann, Gohlisch, Köhler, Nickisch, Sabel, Schink, Tilgner, Töpler, Böhme, Dziadek, Anders, Schönfelder, Schmiedchen, Gigling, Dzialas, Blümel, Weber, Entricht, Meise und Irrgang. Nach Erledigung des Wahlgeschäfts referierte Kollege Grosse über die Einrichtung eines Familienbeirats. Beim Tode eines Kollegen müssen immer eine Reihe von Obliegenheiten geschäftlicher und mitunter auch rechtlicher Natur erledigt werden. Zur richtigen und geschickten Abwicklung derselben gehört oft ein Maß von Umsicht und Erfahrung, welches bei den Hinterbliebenen des Lehrers nicht immer vorausgesetzt werden darf. Es kann der Fall eintreten, dass die Witwe des Lehrers in Unkenntnis wichtiger Bestimmungen über die bei einem Todesfall zu erledigenden Dinge materiell zu Schaden kommt. Der Familienbeirat soll auf Grund seiner größeren Erfahrung und seiner an ähnlichen Fällen geübten Umsicht finanziellen Nachteil verhüten, Vorteile aufsuchen, die geschäftlichen Obliegenheiten auf Wunsch erledigen, die eventuellen rechtlichen Schritte einleiten u. s. w. Durch diese thätige Teilnahme soll er den toten Kollegen ehren und der Witwe das niederdrückende Gefühl der Verlassenheit so viel als möglich nehmen. — Die Versammlung gab ihre volle Übereinstimmung mit dem Vortragenden zu erkennen. Rektor Köhler regt an, den Familienbeirat nicht bloß beim Todesfall sondern auch bei anderen Fährlichkeiten des Lehrer-Familienlebens in Funktion treten zu lassen. Die eingehendere Besprechung der Sache und die Organisation der neuen Einrichtung erfolgt in der nächsten Vertrauensmänner-Versammlung. — Auf Anregung aus der Versammlung sprach der Verein sodann sehr eingehend über das Verhalten des Abgeordneten Latacz in den Kommissionsverhandlungen über das Lehrerbesoldungsgesetz. Die Befremdung darüber, dass der einzige Lehrer im Abgeordnetenhaus sich dazu bestimmen ließ, gegen eine Erhöhung des Grundgehalts zu stimmen, war allgemein.

Breslau. [Pädagogisches Lesezimmer.] Montag, den 30. November hielt Kollege Lachnitt seinen angekündigten Vortrag über »Geographische Namenkunde«. Die Toponomastik ist die wissenschaftliche Bearbeitung der Ortsnamen; sie sieht in denselben nicht inhaltslose Begriffe, sondern sinnvolle Bezeichnungen; ihr Ziel ist die Ergründung der in der Nomenklatur waltenden Gesetze. Diese Wissenschaft besitzt noch kein hohes Alter, grundlegend wurde für sie die vergleichende Sprachwissenschaft (Franz Bopp, Jakob Grimm). Ihr Hauptvertreter, Prof. Dr. J. J. Egli zu Zürich, starb am 24. August d. Js.; dessen »Nomina geographica« (2. Aufl. 1893) geben bloß von 42000 geogr. Namen aller Erdräume die Sprach- und Sach-erklärungen. Frühere gediegene Arbeiten lieferten Ernst Foerstemann und Franz Miklosich, dieser über slavische, jener über deutsche Ortsnamen. Giov. Flechia zu Turin und der Keltist d'Arbois de Jubainville in Paris sind gegenwärtig die bekanntesten ausländischen Forscher. — Die Toponomastik besitzt einen hohen sprachlichen, geographischen, geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Wert. Bezüglich der sprachlichen Seite ist vor Dilettantismus zu warnen, die Forschung trägt einen historisch-genetischen Charakter; es wird oft dem Sprachforscher schwer, aus dem stark verwitterten Namen seine ursprüngliche Form herauszuschälen, seine Bedeutung festzustellen. — Der geogr. Name ist oft ein getreuer Ausdruck der Ortsnatur (Palästina, Spanien). Er trägt dazu bei, das graue Altertum der Geschichte in ein helleres Licht zu setzen, durch den in den Ortsnamen erscheinenden Reflex die verschiedenen Epochen der Geschichte eines Landes vor unserm geistigen Auge neu aufleben zu lassen. Kulturgeschichtlich erhalten wir über den Bildungsstand und die Geistesrichtung der Namengeber Kunde. Der allgemeine Gang ist von der Natur zur Kultur, von den Konkreta zu den Abstrakta. Die Namengebung im Zeitalter der Entdeckungen, die Straßenbezeichnungen in den Städten früher und jetzt bieten gleichfalls kulturgeschichtliche Einblicke. — Die Einheitlichkeit in Schreibung und Aussprache der geogr. Namen wurde begründet von dem Verlagsbuchhändler Arnold Hirt (»Anleitung zur Schreibung und Aussprache der geogr. Fremdnamen«, 2. Aufl. 1894). Von Coordes erscheint ein »Schulgeogr. Namenbuch«, von Oppermann die »Geographische Namenkunde« (1896); die »Zeitschrift für Schulgeographie« bespricht häufig Fragen der Toponomastik. In der Schule lassen wir es bei unsern wenigen Ortsnamen bewenden, geben aber von diesen dem Schüler die gesicherte Deutung; dann bleibt der

Name nicht mehr leerer Schall; er haftet, da er das Fremdartige abgestreift hat, viel besser und mit mehr Anknüpfungspunkten im Gedächtnis als sonst. Durch Erfassung der Motive der Namengebung wird der Namensinn geweckt, ein besseres Sprachverständnis angebahnt. Geographische Parallelen (Passau, Donau, Koblenz) und Beinamen (Damaskus, Auge des Ostens) leisten gleichfalls gute Dienste. In früherer Zeit versuchte man die geogr. Namen durch Reimbildung schmackhafter zu machen. Aus der »Geographisch-poetischen Schilderung sämtlicher deutschen Länder« von Karl Hengstenberg (1819) und aus einer gereimten Geographie Schlesiens wurden Proben gegeben. Der interessante, von intensiver Arbeit zeugende Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

— [Breslauer Turnlehrer-Verein.] Hatte die Oktobersitzung uns einen Überblick über das deutsche Turnen gebracht, so machte uns am 24. Nov. c. Kollege Rob. Beck mit dem Turnwesen unserer westlichen Nachbarn bekannt in seinem Vortrage: »Eine Turnstunde im Pariser Lehrer-Seminar«. Während seines einjährigen Aufenthaltes in Paris hat der Vortragende sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, das dortige Seminar zu besuchen und dem Turnunterricht in demselben beizuwohnen. Letzteren erteilte ein Herr, der gleichzeitig die Stelle eines Turninspektors der Pariser Volksschulen bekleidet. Geturnt wurde in dem mit Asphalt gepflasterten Hofe. Die Freiübungen, bei denen das Kommando sich auf bloßes Zählen von 1—5 beschränkte, erstreckten sich auf alle Teile des Körpers, beginnend mit den einfachsten, schließend mit den kompliziertesten Bewegungen. Überraschend war die Sicherheit der Zöglinge in der Reihenfolge der Übungen und die Lebhaftigkeit bei der Ausführung derselben. — Von Geräten gab es im Hofe (die Halle war noch im Bau begriffen) Reck, Barren, ein Klettergerüst mit Leitern und Seilen, eine hohe Plattform. Die Übungen wurden von Freiwilligen ausgeführt, die ziemlich Bedeutendes leisteten. Einer drohte bei der Riesenselle zu stürzen; daraufhin nach der Zahl der vorkommenden Unglücksfälle gefragt, erklärte der Lehrer, dass er seinen Schülern bei jeder neuen Übung zuerst das Fallen beibringe, d. h. sie lehre, von vornherein die Möglichkeit zu fallen ins Auge zu fassen und sich darnach einzurichten. Die Plattform ist so hoch gelegen, dass der Schüler sie durch einen kräftigen Sprung mit den Händen erreichen kann. Ziel ist, auf irgend eine Weise zum Stand auf dieselbe zu kommen. Es wurde dies erreicht durch Felgaufzug, Kreuzaufzug, Übergehen aus Hang in Unterarmstütz, aus Hang in Knickstütz etc. — Der Versuch, auch eine Pariser Volksschule besuchen zu dürfen, scheiterte. Der Eintritt wurde verweigert aus Gründen der Disziplin. Für die Volksschule ist ein neuer Plan erschienen; aus diesem seien einige hygienische Vorschriften angeführt: 1. Es soll nicht ummittelbar vor oder nach den beiden Hauptmahlzeiten, mittags und abends, geturnt werden; es ist mindestens eine Pause von $\frac{1}{2}$ Stunde zu geben. 2. Der Lehrer soll, namentlich im Winter, vermeiden, viel über die Übungen zu sprechen und die Kinder dabei stillstehen zu lassen. 3. Die Lektion soll mit Bewegung der unteren Gliedmaßen beginnen, die größte Anstrengung in die Mitte der Stunde verlegt werden. 4. Auf tiefes und kräftiges Atmen der Schüler ist zu achten. 5. Für Dauerlauf wird ein Atmen in regelmäßigen Intervallen empfohlen, für den Marsch der Gesang, um zu gründlichem Atmen zu gelangen. 6. Zu vermeiden sind Übungen, bei welchen die Schüler längere Zeit den Kopf nach unten hängen. 7. Damit die Übungen nicht zu schnell ausgeführt werden, empfiehlt sich für den Lehrer das Zählen. (Da Übungsreihen oft wiederholt werden, führt sie der Schüler mehr mechanisch aus, das Tempo wird dabei schneller, dem soll gesteuert werden.) 8. Große Hallen, überhaupt geschlossene Räume sind ungeeignet zur Vornahme gymnastischer Übungen. Ist ihre Benutzung unvermeidlich, so ist gehörige Erneuerung der Luft und die Höhe der Temperatur zu beachten. Ein Aufschütten von Sand, Sägespänen oder Lohse ist wegen Verunreinigung der Atmosphäre unzulässig. — Dem Turnen der Erwachsenen wird viel Abruch gethan durch den Sport, besonders durch das Radfahren. Wer meint, für seine Gesundheit mehr Bewegung zu gebrauchen, als er in seinem Berufe zu machen genötigt ist, der kauft sich ein Rad und bringt auf diesem in den Straßen oder im Bois de Boulogne alle seine freie Zeit zu. — Aufmerksam folgten die Anwesenden den interessanten Darbietungen, und auch nach Schluss der Sitzungs musste Kollege Beck noch mancherlei Auskunft geben über Pariser Sehenswürdigkeiten und Erlebnisse. — Kollege Paul Brosig wurde als neues Mitglied in den Verein aufgenommen.

— [Vonder Lehrerkompagnie.] Auch in diesem Jahre waren ungefähr 140 junge Kollegen behufs militärischer Ausbildung beim hiesigen 10. Grenadier-Regimente zu einer Lehrerkompagnie vereinigt. Am 8. d. Mts. veranstalteten dieselben im großen Börsensaale ein Abschiedsfest, an welchem sich das Offizierkorps, die Chargierten, Mitglieder des Allgem. Bresl. Lehrervereins und des Vereins kath. Lehrer Breslaus, sowie zahlreiche Freunde und Bekannte der Veranstalter des Festes, auf deren liebenswürdige Einladung hin beteiligten. Das bunte Bild, welches der Saal durch die vom dunklen Zivilrock sich leuchtend abhebende Uniform bot, erhielt durch die Anwesenheit einiger Vertreterinnen des schönen Geschlechts noch ein besonders glänzendes Kolorit. Das Programm für den ersten Teil des Abends enthielt instrumentale Darbietungen, Männerchor- und Einzelgesänge. Die ersteren wurden von Mitgliedern der Regimentskapelle, die beiden letzteren von den uniformierten Kollegen ausgeführt. Wenn man berücksichtigt,

wie sehr dieselben durch den strammen Dienst in Anspruch genommen worden waren, unter welcher Ungunst der Verhältnisse die Proben stattfinden mussten, so kann man ihre gesanglichen Vorführungen als sehr gelungen bezeichnen. Das aus Breslauer Zivilkollegen, den Herren Rackwitz, Fröhlich, Hentschel und Michael bestehende Quartett erntete reichen Beifall; gleichen Erfolg erzielten die letztgenannten beiden Herren als Solisten. Die Reihe der Toaste eröffnete Hauptmann v. Kaisenberg mit einem Hoch auf den obersten Kriegsherrn. Der Vorsitzende des Allgem. Bresl. Lehrervereins, Rektor Opitz, toastete in schwungvoller Rede auf die Lehrerkompagnie, Militärkollege Flegel auf das Offizierkorps, Hauptmann v. Kaisenberg noch einmal auf das fernere Wohlergehen jedes Einzelnen, Rektor F. Hoffmann auf das Gedeihen und sich ergänzende Wirken der beiden grossen Erziehungsanstalten des Volkes, Schule und Kaserne, Premierleutnant Weck auf die Damen. Der auf diesen offiziellen Teil folgende, von Kapuste-Breslau geleitete Kammers setzte sich aus humoristischen Vorführungen, patriotischen Gesängen und Kommersliedern zusammen. Lebhaften Beifall fanden die beiden von einem Lehrersoldaten gedichteten Festlieder sowie die Ansprachen der Kollegen F. Hoffmann und Köhler. Noch lange nach Mitternacht hallten die Gesänge. Als das hervorstechendste Moment des Abends möchte ich die schöne Harmonie hervorheben, welche sich zwischen den jungen Kollegen und ihren militärischen Vorgesetzten zeigte, namentlich die überaus lebenswürdige Weise, in welcher die Herren Offiziere mit den pädagogischen Vaterlandsverteidigern verkehrten.

Görlitz. In der 16. Hauptversammlung sprach Herr Hanke über die zweckmäßige Beschaffenheit guter Kartenständer. Dieselben sind erforderlich, einestheils, um die Karte oder aufzuhängende Bilder zu schonen, andernteils, um ihnen einen beliebigen Standpunkt und verschiedene Beleuchtung geben zu können. Um allen Anforderungen gerecht zu werden, müssen sie leicht transportabel, von mäßigem Gewicht und bei annehmbarem Preise dauerhaft gearbeitet sein. Nach diesen Gesichtspunkten die Verwendbarkeit dreier vorhandener Kartenständer prüfend und klarlegend, hält Redner den „Zwickauer“ und den Apparat „Saxonia“ für empfehlenswert. — Die beiden folgenden Sitzungen galten hauptsächlich der Berichterstattung über die Provinzial-Lehrerversammlung in Breslau. Nach eingehendem Bericht gaben die Herren Hanke, Neumann und Püschel ihrer Befriedigung über den Verlauf des Jubiläumsfestes Ausdruck; Herr Neumann kennzeichnete jedoch auch die wahre Bedeutung des Begriffs „Vater des Vereins“. Aus der Entstehungsgeschichte des Provinzial-Vereins lässt sich eine derartige Bezeichnung des betreffenden Mitgliedes weder erklären, noch rechtfertigen. Dem Bericht folgte ein Vortrag: „Neuere Geschichtsdarstellung“. Herr Hindemith gab in demselben ein Bild von der Entwicklung der Geschichtsdarstellung, wie sich dieselbe von dem ursprünglichen Standpunkt, nämlich dem Berichte des Einzelnen, der isolierten Thatssache, bis zur Zustandsgeschichte oder der kollektivistischen Geschichte der Gegenwart verfolgen lässt. Durch Inhaltsangaben aus Rankes Reformations- und Lamprechts deutscher Geschichte die Darstellungsweise zweier bekannter Richtungen vergleichend, berührte Redner auch die Streitfrage, ob Personen- oder Zustands-, ob politische oder Kulturgeschichte zu lehren sei und schilderte zum Schluss die gegenwärtige Bewegung auf diesem Gebiete.

Trebnitz. In einer am 14. v. Mts. im Vereinslokal abgehaltenen Sitzung des hiesigen Freien Lehrervereins wurde namentlich über diejenigen Schritte beraten, die der Verein in betreff des in nächster Aussicht stehenden Lehrerbesoldungsgesetzentwurfs thun solle. Nach lebhafter und zum Teil erregter Debatte wurde beschlossen, mit dem Landtagsabgeordneten des Kreises Trebnitz, Majoratsherr v. Rhediger auf Striese (kons.) in Verbindung zu treten. Zu diesem Zwecke wurde eine Deputation von 3 Mitgliedern gewählt, die ev. dem genannten Abgeordneten ihre Aufwartung machen sollte. In einem längeren Schreiben wurden dem Herrn die Wünsche der Lehrerschaft (Magdeburger Beschlüsse) sowie die von der Liegnitzer Gehaltskommission ausgearbeitete Vergleichstabelle übermittelt und gleichzeitig die Anfrage an ihn gerichtet, ob und wann er geneigt wäre, die erwähnte Deputation zur Entgegennahme einer ev. Zusage zu empfangen. Doch es war verlorene Liebesmüh; zu unserm Bedauern ist bis heute eine Antwort ausgeblieben. Aber auch keine Antwort ist eine Antwort, und in welchem Sinne diese aufzufassen ist, darüber dürften keinerlei Zweifel bestehen.

Amtliches.

[Bestätigt] d. Berufungsurk. f. d. kath. L. Oscar Gießmann in Herzogswalde, Kr. Frankenstein; f. d. ev. L. Richard Hoffmann in Boehltz, Kr. Namslau; f. d. kath. L. Emil Elsner in Schönhaide, Kr. Frankenstein; f. d. 2. kath. L. Franz Teuber in Järischan, Kr. Striegau; f. d. L. Schimke in Groß-Berndau, Kr. Leobschütz.

[Widerrüchlich bestätigt] d. Berufungsurk. f. d. ev. L. Paul Jerke in Schabenu, Kr. Guhrau.

[Berufen] d. kath. L. Simmon in Koschpendorf, Kr. Grottkau, d. kath. L. Kubatta und Jahn in Polnisch-Neudorf bzw. Czarnowanz, Kr. Oppeln, d. kath. L. Schweda, Schwarzer und Barthel in Zabrze.

[Endgiltig angestellt] d. L. Bartoschek in Bujakow, Kr. Zabrze, Godowsky in Zalenze, Kr. Kattowitz,

Vereins-Nachrichten.

Deutscher Lehrerverein.

Programm der Jubelfeier des 25jährigen Bestehens des Deutschen Lehrervereins.

Montag den 28. Dezember im Bughenhagenschen Saale am Moritzplatz.

I. 3 Uhr: Gemeinschaftliches Mittagessen der Vorstände und Vertreter.

II. 6 Uhr: Festfeier.

1. Gesang des Sängerkorps des Berliner Lehrervereins.
2. Prolog von Paul Risch.
3. Festrede. (L. Clausnitzer).
4. Gesang.
5. Begrüßungen.
6. Gesang.

III. 9 Uhr: Festkommers.

IV. Dienstag den 29. Dezember vormittags 11 Uhr: Frühschoppen im Prälaten.

Es kann nur eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten, ca. 700, ausgegeben werden. Für die Herren Vertreter und geladenen Gäste sind Plätze reserviert. Die Karten für die Berliner Kollegen werden durch die Herren Vertrauensmänner, die für die Kollegen der Vororte durch die betreffenden Herren Vorsitzenden zur Ausgabe kommen. Vereinsmitglieder von außerhalb, welche an der Feier teil zu nehmen wünschen, wollen sich direkt an Herrn Kollegen Blauert, Berlin N., Chorinerstr. 78, wenden.

Schlesischer Provinzial-Lehrer-Verein.

Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses.

1. Die Herren Bandmann und v. Adlersfeldt berichten über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesvereins preussischer Volksschullehrer in Magdeburg (s. Nr. 50 d. Ztg.).

2. Die nach der nunmehr abgeschlossenen ersten Lesung des Lehrerbesoldungs-Gesetzentwurfs in der Kommission unsererseits zu geschehenden weiteren Schritte werden eingehend erwogen.

3. Den Zweigvereinen wird in diesen Tagen der Besoldungs-Gesetzentwurf mit Begründung, die in Magdeburg vereinbarten Abänderungsvorschläge des Entwurfs mit Begründung und ein Anschreiben des geschäftsführenden Ausschusses des Landesvereins preussischer Volksschullehrer zugehen, welches wir zu beachten bitten.

4. Der Verein Königshütte und sein erster Vorsitzender Elsner, welche gleichzeitig am 12. d. M. das Jubiläum des 25jährigen Bestehens resp. der 25jährigen Dienstzeit feiern, sollen telegraphisch beglückwünscht werden.

5. Zur Feier des Jubiläums des Deutschen Lehrervereins sollen entsandt werden:

- a) Bandmann, als I. Vorsitzender des Schlesischen Provinzial-Lehrer-Vereins;
- b) Töpler, als besonders geladener Ehrenvorsitzender des Schlesischen Provinzial-Lehrer-Vereins;
- c) Köhler, als Vertreter der Presse;
- d) Gensel-Liegnitz, als Vorsitzender des Pestalozzi-Vereins.

An die Lehrervereine im oberschlesischen Industriebezirk.

Die letzte allgemeine Lehrer-Versammlung in Königshütte O/S. vom 5. d. Mts. hat im Interesse eines einheitlichen Vorgehens in der Besoldungsfrage einstimmig beschlossen, eine Kommission, bestehend aus 2 Mitgliedern eines jeden Lehrervereins im Industriebezirk, einzusetzen, welcher die Aufgabe zufällt, die Entwicklung der Besoldungsangelegenheit aufmerksam zu verfolgen, insbesondere aber, falls die Lehrerbesoldungsvorlage Gesetz wird, solche Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, ein den eigenartigen Verhältnissen des genannten Bezirks entsprechendes Einkommen zu erzielen. Der unterzeich-

nete Verein, welcher beauftragt worden ist, die erste Versammlung jener Kommission behufs Wahl des Vorortes etc. nach Ober-Heiduk zu berufen, ersucht hierdurch alle Vereine, ihre Vertreter bis spätestens den 10. Januar n. J. namhaft zu machen. Zeit und Tagesordnung der ersten Versammlung werden rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Der Lehrerverein Königshütte O/S.
Heide I.

Die Liegnitzer Mitglieder der Gehaltskommission haben die nachstehenden 12 Vereine ergebenst ersucht, die Kommission durch je ein Mitglied zu verstärken: Brieg (Lehrerverein), Groß-Wartenberg, Striegau, Frankenstein-Peterwitz, Gauverband des oberschlesischen Industriebezirks, Karlsruhe O/S, Ziegenhals, Leobschütz, Schönau (Niederkreis), Grünberg, Sprottau, Jänkendorf O/L. Nächste Aufgabe dieser Kommissionsmitglieder wird es sein, innerhalb ihres Bezirks Vertrauensmänner zu werben, die sich genau über die gegenwärtig bestehenden Gehaltsverhältnisse in ihrer Umgegend orientieren.

Liegnitz, den 14. Dezember 1896.

Ernst Müller.

Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Lehrerinnen zu Breslau.

Letzte Vorstandssitzung in diesem Jahre Freitag den 18. d. Mts. abends 8 Uhr bei Baron.

Während der Ferien ist die Kasse nach § 15, Abschnitt 10 unserer Satzungen geschlossen. Der Schluss erfolgt Dienstag den 22. d. Mts. abends 6 Uhr. Über diese Zeit hinaus werden keinerlei Gelder mehr angenommen oder ausbezahlt.

Zum Quartalswechsel werden unsere Mitglieder dringend auf § 31, Ziffer 5, sowie auf § 29, Abschnitt 5 und 6 aufmerksam gemacht.

Alle Gesuche sind an den Vorsitzenden zu richten. Derselbe erteilt auch Auskünfte und sendet auf Wunsch orientierende Drucksachen (Prospekte und Formulare) gegen Freimarke und die Satzungen gegen 50 $\frac{1}{2}$ in Marken.

Der Vorsitzende: G. v. Adlersfeldt, Vorwerksstr. 51.

Oberl. Begräbnis-Unterstützungskasse f. L.

Mittwoch den 30. Dezember nachm. 4 Uhr findet im Englischen Garten zu Görlitz die Hauptversammlung der oben genannten Kasse statt. Jahres- und Kassenbericht. Mitteilungen. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Pädagogisches Lesezimmer. Montag den 21. Dezember abends 8 Uhr im Höcherl. »Das nomadische Ideal im alten Volke Israel« (Koll. Grosser).

Breslau-Landkreis. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 3 Uhr bei Weichert. 1. Protokoll. 2. Vorstandswahl. 3. Jahresbericht pro 1896. 4. Jahresrechnung pro 1896. 5. Feststellung der Sitzungstage für 1897. 6. Gesang. 7. Anträge und Mitteilungen. Es ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Domsiau-Koberwitz. Sitzung den 19. h. in Koberwitz bei Lorenz. 1. Vortrag. 2. Mitteilungen.

Festenberg-Goschütz. Generalversammlung den 19. Dezember in Festenberg. 1. »Volksunterhaltungsabende« (Schindler). 2. Wahlen. 3. Geschäftliches.

Frauenwaldau. Sitzung Sonnabend den d. 19. d. Mts. nachm. 3 Uhr bei Dabisch. Vortrag hält Koll. Taraba.

Gröditzberg. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 4 Uhr in der Brauerei zu Gröditz. 1. »Charakterfehler der Schüler und ihre Behandlung« (Koll. Vater). 2. Mitteilungen.

Poln.-Hammer. Sitzung Sonnabend den 19. d. Mts. nachm. 4 Uhr bei Koschate in Masslich-Hammer. 1. Pestalozzivereins-Angelegenheit. 2. Ständiges Referat des Koll. Fink. 3. Anträge und Mitteilungen. »Sturm« mitbringen.

Haynau. Sitzung den 19. Dezember nachm. 3½ Uhr.

Katzbach-Neisse-Thal. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 4 Uhr in Crayn. »Rechenunterricht auf der Unterstufe« (Hirche-Seichau). Mitteilungen. Beschlussfassung über das projektierte Pestalozzikonzert. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist hierzu dringend erwünscht.

Leippa-Priebus. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 4 Uhr im Gasthofe zur Stadt Berlin in Priebus. »Disciplinarische Untersuchungen in der Schule« (Koll. Förster-Leippa).

Leutmannsdorf-Gräditz. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 4 Uhr in der Brauerei zu Leutmannsdorf. 1. »Schwankungen und Unregelmäßigkeiten in der deutschen Rechtschreibung« (Koll. Biehl). 2. Beschlussfassung über ein demnächst zu veranstaltendes Wintervergnügen.

Löwen. Generalversammlung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 5 Uhr im Vereinslokal. 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Erledigung voriger Tagesordnung — Referat, Korreferat, Resolution (Blaschke, Kiok, Christian). 5. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Mertschütz. Sitzung Sonnabend den 19. d. Mts. 1. Vortrag des Koll. Günzel. 2. Bericht des Koll. Thiel über den Stand des Besoldungsgesetzes. 3. Auslosung der Vortragenden für 1897. 4. Jahresbericht. 5. Kassenbericht. 6. Vorstandswahl. 7. Verteilung der Kalender. 8. Gesang.

Obernigk-Riemberg. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 3 Uhr bei Klein in Obernigk. 1. Generalversammlung behufs Trennung des Vereins in die Vereine Obernigk und Riemberg. 2. Vortrag. 3. Gesang. Vollzähliges Erscheinen sehr erwünscht.

Oels i/Schl. Generalversammlung Sonnabend den 19. d. Mts. nachm. 3½ Uhr im Vereinslokale. 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Jahresbericht. 3. Kassenbericht und Beratung des Etats pro 1897. 4. Vorstandswahl.

Rudelsdorf-Heidersdorf. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember in Rudelsdorf in Schneiders Gasthof. »Das Melden in der Schule« (Koll. Gruhn-Rudelsdorf).

Münsterberg i/Schl. [Päd. Verein.] Sitzung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 3½ Uhr im »Rautenkrantz«. 1. Protokoll. 2. »Über das Alter der Menschheit« (Wuttig-Münsterberg). 3. Mitteilungen.

Neumittelwalde. Generalversammlung Sonnabend den 19. Dezember.

Sprottau. Sitzung Sonnabend den 19. d. Mts. Gesangsübung. »Die Weihnachtszeit in unserer Volksschule« (Koll. Klein). »Das Besoldungsgesetz« (Koll. Ketzler).

Sibyllenort. Generalversammlung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 3 Uhr im »Deutschen Kaiser« zu Hundsfield. 1. »Katharina II.« (Hoppe). 2. Vorstandswahl. 3. Einziehung der Beiträge. 4. Anträge und Mitteilungen. 5. Gesang.

Suschen. Generalversammlung Sonnabend den 19. Dezember bei Spiller. 1. Vortrag von Czech-Johannisdorf. 2. Vorstandswahl und Kassenrevision. 3. Geschäftliches.

Trachenberg. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember. 1. Vorstandswahl. 2. Vortrag: Die wichtigsten Methoden des Naturheilverfahrens.

Zackenthal. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember in Prentzels Gasthof zu Petersdorf. »Temperamente« (Peter).

Schlesischer Pestalozzi-Verein.

Dem Provinzialverbande sind die beiden Vereine Wüste-Waltersdorf und Groß-Carlowitz beigetreten. Wir heißen dieselben herzlich willkommen.

Liegnitz.

**Der Vorstand
des Schlesischen Pestalozzi-Vereins.**

Haynau. Sitzung den 19. Dezember nachm. 3½ Uhr in Schmidts Hotel. 1. Bericht über die Generalversammlung. 2. Bestimmung der zu unterstützenden Witwen und Waisen und Festsetzung der Höhe der Unterstützungen.

Oels i/Schl. Generalversammlung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 3 Uhr im Alten Casino, Herrenstraße. Auswahl der zu unterstützenden Witwen und Waisen.

Herzliche Bitte.

Unserer im vorigen Jahre ausgesprochenen Bitte, der **Wilhelm-Augusta-Stiftung** Zuwendungen zum Zweck der Verteilung an darbenende Lehrer-Emeriten zu machen, ist zu unserer Freude vielseitig entsprochen worden. Wie dringend nötig aber auch fernerhin die Stiftung besonderer Beihilfen bedarf, dafür spricht die Thatsache, dass trotz der empfangenen Gaben — infolge des Rückganges der Einnahmen aus den von Versicherungsgesellschaften gewährten Bonifikationen und wegen der Verminderung des Zinsertrages der Stiftungskapitalien — in diesem Jahre nur 1035 \mathcal{M} verteilt werden konnten, während uns im vorigen Jahre 1120 \mathcal{M} zur Verfügung standen. Wie außerordentlich bedürftig die Kostgänger der Stiftung sind, lässt sich daraus entnehmen, dass von den in diesem Jahre unterstützten Emeriten 12 eine Pension von 700 \mathcal{M} und weniger hatten, incl. der von der Königl. Regierung gewährten Zuschüsse. Unter den Bittstellern waren 8 über 80 Jahre alt. Wie segensreich die Stiftung ist, davon zeugen auch die lebhaften Dankesäußerungen der mit Unterstützungen bedachten Greise.

Wir wenden uns deshalb auch in diesem Jahre vertrauensvoll an alle lieben Kollegen, an alle Lehrervereine unserer Provinz und an alle werten Freunde unseres Standes mit der herzlichen Bitte, durch Spenden, durch Sammlungen bei festlichen Gelegenheiten und durch Überweisung von Überschüssen bei Musik-Aufführungen und dergl. die Wilhelm-Augusta-Stiftung in den Stand zu setzen, auch weiterhin den notleidenden Emeriten ihre traurige Lage einigermaßen zu verbessern. Jede, auch die kleinste Gabe, wird von dem Kassensführer, Rektor J. Blümel, Kleine Scheitnigerstr. 67, dankend in Empfang genommen und findet bei der Verteilung der Unterstützungen ihre Verwendung,

Breslau, den 20. November 1896.

**Das Kuratorium
der Wilhelm-Augusta-Stiftung für emeritierte schlesische Lehrer.**
Kunz. Bandmann. Blümel. Kroeker. Sabel.

Dividenden-Verteilungsplan des Schlesischen Pestalozzi-Vereins pro 1896.

Nummer	Name des Zweigvereins	Name, Stand und Wohnort des Kassierers	Statuten- mässiger Bei- trag	Nachzahlung pro 1895	Beitrag für den Jahresbericht pro 1895	Summa	Zahl der bean- tragten Dividen- den	Höhe derselben	Es ergibt sich demnach ein		Wohin das Plus zu senden resp. woher das Minus zu beziehen ist.
									Plus von	Minus von	
1	Antonienhütte	Chylla, Hptl.	64 75	4 —	3 —	71 75	2	46	25 75	—	nach Nr. 2.
2	Bernstadt	Schubert, L.	78 25	—	4 —	82 25	7	161	—	78 75	25,75 M von Nr. 1, 53 M P.-K.)*
3	Beuthen O.-S.	Mletzko, Hptl.	204 —	7 —	4 —	215 —	9	207	8 —	—	nach Nr. 35.
4	Bolkenhain	Neumann, Hptl.	213 —	18 50	13 20	244 70	11	253	—	8 30	} P.-K.
5	Breslau (Land)	Müller, L., Cosel p. Breslau .	273 —	6 75	13 60	293 35	22	506	—	212 65	
6	Breslau (Stadt)	Friedrich, L., Schiesswerdpl. 14	1386 50	—	20 —	1406 50	73	1679	—	272 50	
7	Bunzlau	Nerger, L.	474 65	—	28 —	502 65	25	575	—	72 35	} nach Nr. 24. nach Nr. 11.
8	Cosel O.-S.	Wotzka, L.	59 —	—	3 —	62 —	1	23	39 —	—	
9	Cudowa	Kubetschek, L., Tanz p. Lewin	58 25	1 50	2 50	62 25	2	46	16 25	—	
10	Falkenberg O.-S.	Neugebauer, L.	62 —	14 —	3 —	79 —	5	115	—	36 —	P.-K.
11	Frankenstein	John, K., Zadel p. Frankenst.	194 25	—	7 —	201 25	20	460	—	258 75	16,25 M von Nr. 9, 242,50 M P.-K.
12	Freiburg	Basler, L.	128 —	2 —	6 50	136 50	8	184	—	47 50	} P.-K.
13	Freystadt	Popig, Org.	261 50	35 10	12 20	308 80	20	460	—	151 20	
14	Glatz	Malcher, L.	150 —	—	10 —	160 —	6	138	22 —	—	
15	Gleiwitz	Schwenzner, L.	230 —	3 50	14 20	247 70	13	299	—	51 30	} P.-K.
16	Glogau	Jentsch, R.	370 88	14 —	11 30	396 18	24	552	—	155 82	
17	Gogolin	Janda, L., Karlubitz	58 75	—	4 —	62 75	—	—	62 75	—	
18	Goldberg	Heyland, K., Gröditz	215 —	3 75	5 —	223 75	8	184	39 75	—	nach No. 52. nach Nr. 51.
19	Görlitz	Neugebauer, L., Leipzigerstr. 45	792 50	—	40 —	832 50	54	1242	—	409 50	81 M von Nr. 21, 328,50 M P.-K.
20	Greiffenberg	Teichmann, L.	191 50	—	10 50	202 —	13	299	—	97 —	P.-K.
21	Groß-Carlowitz	Hoffmann, L., Zedlitz	81 —	—	—	81 —	—	—	81 —	—	nach Nr. 19.
22	Grottkau	Kunze, L.	88 50	5 75	3 —	97 25	10	230	—	132 75	22 M von Nr. 14, 110,75 M P.-K.
23	Grünberg	Junge, L.	272 75	28 50	11 20	312 45	13	299	13 45	—	nach No. 26.
24	Guhrau-Herrnstadt	Hielscher, L., Guhrau	233 75	1 25	8 —	243 —	14	322	—	79 —	39 M von Nr. 8, 40 M P.-K.
25	Habelschwerdt	Monse, L.	116 —	—	8 —	124 —	5	115	9 —	—	nach Nr. 29.
26	Hainau	Weniger, L.	235 25	4 —	13 —	252 25	12	276	—	23 75	13,45 M von Nr. 23, 10,30 M P.-K.
27	Hirschberg	Sellig, H.	446 63	6 —	24 80	477 43	38	874	—	396 57	102 M von Nr. 36, 294,57 M P.-K.
28	Hoyerswerda	Höhn, L.	180 38	16 —	12 —	208 38	12	276	—	67 62	P.-K.
29	Hultschin	Haberstroh, L.	64 50	—	3 50	68 —	6	138	—	70 —	9 M von Nr. 25, 61 M P.-K.
30	Jauer	Seifert, K.	183 —	—	9 —	192 —	8	184	8 —	—	nach Nr. 50.
31	Katscher	Kraut, L.	41 —	2 50	4 —	47 50	1	23	24 50	—	nach Nr. 49.
32	Köben	Pfennig, L., Bartsch b. Köben .	38 —	—	2 —	40 —	—	—	40 —	—	nach Nr. 33.
33	Kreuzburg	Menz, L.	282 —	—	14 —	296 —	23	529	—	233 —	40 M von Nr. 32, 193 M P.-K.
34	Lampersdorf-Prietzen	Winkelmann, L., Fürsten-Ellguth	44 50	—	50 3	48 —	2	46	2 —	—	nach Nr. 40.
35	Landeshut	Gerschwitz, L.	248 25	4 50	13 —	265 75	18	414	—	148 25	8 M von Nr. 3, 140,25 M P.-K.
36	Lauban	Berkel, L.	277 50	10 —	21 50	309 —	9	207	102 —	—	nach Nr. 27.
37	Laurahütte	Glumb, H.	56 —	1 50	2 90	60 40	9	207	—	146 60	69,50 M von Nr. 38, 77,10 M P.-K.
38	Liegnitz	Fischer, L.	573 50	—	25 —	598 50	23	529	69 50	—	nach Nr. 37.
39	Löwenberg	Dehmel, L., Ndr.-Görisseffen .	159 —	—	50 8	167 50	9	207	—	39 50	P.-K.
40	Lublinitz	Kaboth, L.	129 —	16 75	10 —	155 75	7	161	—	5 25	2 M von Nr. 34, 3,25 M P.-K.
41	Lüben I.	Schwerdtner, K., Seebnitz . . .	102 25	—	6 —	108 25	6	138	—	29 75	} P.-K.
42	Lüben II.	Jäckel, K.	89 50	—	4 50	94 —	5	115	—	21 —	
43	Militsch	Milde, L., Ziegelscheune	130 —	2 —	10 50	142 50	7	161	—	18 50	
44	Münsterberg	Fischer, L.	127 30	—	7 80	135 10	10	230	—	94 90	} nach Nr. 46. 66,50 M von Nr. 45, 107 M P.-K.
45	Muskau	Engberg, L.	149 50	2 —	7 —	158 50	4	92	66 50	—	
46	Namslau-Brieg	Rudolf, L.	227 —	2 —	11 50	240 50	18	414	—	173 50	
47	Neisse	Zimmermann, L.	466 —	—	15 —	481 —	32	736	—	255 —	} P.-K.
48	Neumarkt I	Wiesner, L.	191 50	3 —	10 50	205 —	14	322	—	117 —	
49	Neumarkt II	Lange, K., Kanth	178 75	—	8 20	186 95	10	230	—	43 05	24,50 M von Nr. 31, 18,55 M P.-K.
50	Neurode	Wolff, L.	54 —	5 —	3 —	62 —	4	92	—	30 —	8 M von Nr. 30, 22 M P.-K.
51	Neustadt	Lange, L.	195 —	—	25 1 50	196 75	15	345	—	148 25	39,75 M von Nr. 18, 108,50 M P.-K.
52	Nicolai	Klitta, L., Mittel-Lazisk	73 75	6 —	4 50	84 25	9	207	—	122 75	62,75 M von Nr. 17, 60 M P.-K.
53	Nimptsch	Wittig, L., Pudigau	100 —	—	4 —	104 —	6	138	—	34 —	P.-K.
54	Obernigk-Gellendorf	Schumann, L., Schmarker-Ellguth	68 50	7 50	3 50	79 50	7	161	—	81 50	43,50 M von Nr. 53, 38 M P.-K.
55	Oels	Anders, L.	215 —	—	12 50	227 50	8	184	43 50	—	nach Nr. 54.
56	Ohlau	Pietsch, L.	206 —	18 75	9 —	233 75	18	414	—	180 25	P.-K.
57	Oppeln I.	Münkner, L.	97 75	—	75 6	104 50	8	184	—	79 50	12,50 M von Nr. 59, 67 M P.-K.
58	Oppeln II	Schink, L.	184 50	—	9 50	194 —	13	299	—	105 —	P.-K.
59	Ottmachau	Langner, L.	34 —	—	1 50	35 50	1	23	12 50	—	nach Nr. 57.
60	Parchwitz	Fuchs, L., Ausche	98 25	—	5 80	104 05	13	299	—	194 95	} P.-K.
61	Prausnitz, Bez. Breslau	Scholz, L.	41 —	—	30 —	41 30	3	69	—	27 70	
62	Ratibor	Krause, L.	215 —	14 25	10 50	239 75	13	299	—	59 25	
63	Raudten	Gürich, L.	49 —	—	1 80	50 80	6	138	—	87 20	} nach Nr. 73.
64	Im Kreise Reichenbach	Pohl, L., Nieder-Mittel-Peilau	292 —	—	17 —	309 —	18	414	—	105 —	
65	Rosdzin-Schoppinitz	Ochmann, L., Burowietz	125 75	—	4 30	130 05	4	92	38 05	—	
66	Rosenberg	Conrad, L.	110 —	5 —	6 —	121 —	9	207	—	86 —	} P.-K.
67	Rothenburg	Fiedler, L., Neu-Ödernitz . . .	93 25	—	4 50	97 75	11	253	—	155 25	
68	Rybnik	Sonneck, L.	58 —	2 50	1 —	61 50	2	46	15 50	—	nach Nr. 82.
69	Sagan	Weichenhan, L.	299 70	—	75 13 50	313 95	15	345	—	31 05	} P.-K.
70	Schönau I (Niederkreis)	Opitz, K.	66 50	3 50	3 50	73 50	7	161	—	87 50	
71	Schönau II (Oberkreis)	Mohrenberg, K.	45 25	—	3 —	48 25	4	92	—	43 75	
72	Schweidnitz	Leuschner, L.	366 —	9 —	20 —	395 —	17	391	4 —	—	nach Nr. 72.
73	Sibyllenort	Hoppe, K.	68 —	1 25	3 —	72 25	7	161	—	88 75	38,05 M von Nr. 65, 50,70 M P.-K.
74	Sprottau	Helmich, L.	132 25	7 —	7 50	146 75	10	230	—	83 25	P.-K.
75	Steinau a/Oder	Zobel, L.	90 38	5 75	5 50	101 63	3	69	32 63	—	nach Nr. 81.

Nummer	Name des Zweigvereins	Name, Stand und Wohnort des Kassierers	Statuten- mäßiger Bei- trag		Nachzahlung pro 1895		Beitrag für den Jahresbericht pro 1895		Summa		Zahl der be- tragen Dividenden	Höhe derselben	Es ergibt sich demnach ein		Wohin das Plus zu senden resp. woher das Minus zu beziehen ist.
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ			Plus von	Minus von	
76	Strehlen	Schönwitz, L.	207	—	—	—	2	—	209	—	10	230	—	21	P.-K.
77	Striegau	Köhler, L.	620	—	—	—	20	—	640	—	23	529	111	—	nach Nr. 83.
78	Tarnowitz	Tyczka, L.	144	—	2	—	8	—	154	—	6	138	16	—	nach Nr. 79. [P.-K.
79	Trachenberg	Stricker, L.	92	75	—	—	2	—	94	75	7	161	—	66	25
80	Trebnitz	Schreiber, L.	176	—	10	75	14	50	201	25	10	230	—	28	75
81	Ujest	Freund, L.	34	—	—	—	1	50	35	50	3	69	—	33	50
82	Wartenberg	Freyer, L. em.	175	—	45	50	11	—	231	50	13	299	—	67	50
83	Wohlan	Hausdorf, L.	210	—	—	—	10	50	220	50	19	437	—	216	50
84	Wünschelburg	Fr. Gottschlich, L.	32	—	1	50	—	40	33	90	2	46	—	12	10
85	Wüste-Waltersdorf	Gradel, L.	40	—	—	—	—	—	40	—	—	—	40	—	—
86	Zabrze	Alex, Hptl.	219	50	9	50	7	—	236	—	7	161	75	—	—
Summa . .			16207	17	373	35	731	—	17311	52	979	22517	1017	63	6223

Die Kassierer derjenigen Zweigvereine, welche nach vorstehendem Plane ein Plus zu verzeichnen haben, werden ersucht, dasselbe an den in der letzten Spalte verzeichneten Verein zu senden.

Für den Liebesfonds gingen ein: Vom Verein Cudowa, Frankenstein, Antonienhütte, Falkenberg je 3 ℳ, Parchwitz 4 ℳ, Jauer, Wohlan, Glatz, Sagan, Lublinitz, Tarnowitz, Bolkenhain, Köben, Lüben, Lampersdorf-Prietzen, Muskau je 5 ℳ, Sibyllenort 6 ℳ, Hoyerswerda, Löweberg, Ratibor, Trebnitz, Goldberg, Neumarkt I je 10 ℳ, Schweidnitz, Freystadt, Oppeln II je 15 ℳ, Landeshut, Breslau-Land, Breslau-Stadt, Neisse, Liegnitz je 20 ℳ, Seminarkursus Liegnitz 1883—86 4 ℳ, Herrn Seminarlehrer Menzel 80 ℳ, Ungenannt 1 ℳ.

Liegnitz.

Fischer, Kassierer.

*) Zahlung folgt aus der Provinzialkasse.

Rezensionen.

Soldan F. Heinrich der Eiserne und sein Sohn Otto der Schütz.

Glogau, Carl Flemming. 8°. 1 ℳ.

Landgraf Heinrich der Eiserne von Hessen hat seinen 2. Sohn Otto zum Priester bestimmt. Otto entflieht dem allzustrengen Vater und tritt in die Dienste des Herzogs von Cleve als Schütze. Zwischen ihm und der Tochter des Herzogs entspinnt sich ein Liebesverhältnis, das aussichtslos erscheint, weil er ihr als Schütze nicht ebenbürtig ist. Otto wird aber zuletzt erkannt, söhnt sich mit seinem Vater aus und führt seine Braut heim — da sein älterer Bruder gestorben ist — als Landgräfin. Dem Liebesverhältnis ist allerdings ein allzu breiter Raum eingeräumt. Da aber nichts Anstößiges darin vorkommt, die Zurückhaltung und Selbstbeherrschung der Liebenden sogar Achtung abnötigt, so ist das Buch immerhin noch zu empfehlen und zwar für Knaben und Mädchen von 14—18 Jahren. Stil und Ausstattung sind gut. Die Bilder genügen aber nur sehr mäßigen Ansprüchen.

Maack M. Lütt Dörken. Mein Robert. Mit Titelbild. Lübeck, Verlag der Novellenbibliothek. 56 S. Pr. 50 ℳ.

In beiden Erzählungen zeigt sich der Verfasser als ausgezeichnete Menschenkenner und trefflicher Charakterschilderer. Besonders die 2. Erzählung — eine Erziehungsstudie — erscheint ganz dem Leben abgelauscht. Zur Anschaffung in Volksbibliotheken warm zu empfehlen.

Maiers Sternkarte mit drehbarem Horizontausschnitt. Verlag von Otto Maier, Ravensburg. Pr. 50 ℳ.

Der herrliche Sternhimmel, den uns der herannahende Winter bringt, regt immer von neuem zur Beobachtung der Gestirne an. Mit besonderem Vergnügen wird man dies thun, wenn einem durch eine Sternkarte mit den großen Vorzügen der obigen die Auffindung der Sternbilder und die Verfolgung ihrer Bewegung so leicht gemacht wird. — Wir können die Maiersche Sternkarte auf Grund eigener Erfahrung für Erwachsene und Schüler warm empfehlen.

Moderne Kunst. Weihnachtsnummer. Verlag von Bong (Wien, Berlin-Leipzig). Pr. 3 ℳ, im Abonnement 1 ℳ.

Die ganze Nummer strahlt in Glanz und Pracht. Ernste und heitere Bilder wechseln in reicher Folge. Besonders gefallen hat uns eine Madonna von Barthel. Einige Lichteckbilder fesseln das Auge des Beschauers in angenehmster Weise.

von Gumpert, Thekla. Herzblättchens Zeitvertreib. Mit 24 Farbendruckbildern und zahlreichen Textillustrationen. Kl. 4°, 192 S. Karl Flemming, Glogau. Preis 6,00 ℳ.

»Herzblättchens Zeitvertreib« buldigt dem Grundsatz: »Wer vieles bringt« etc. und bietet demgemäß eine Fülle der verschiedenartigsten Stoffe zur Unterhaltung, Belehrung und praktischen Beschäftigung. Das ist, wie bei seinen Vorgängern, so auch in dem vorliegenden 41. Bändchen der Fall. Für die diesjährige Ausgabe hat Th. von Gumpert eine Erzählung gebracht, welche bereits im 9. Bändchen erschienen war und allgemeinen Anklang gefunden hatte. Diese Ausgrabung entviert »Tante Thekla« in ihrem Anschreiben mit dem »allgemeinen Wunsche« nach dem betreffenden, längst vergriffenen Bande. Mir will es indes scheinen, als ob die Erzählung

»Die vierfüßige Kinderfrau« an den gläubigen Sinn der Leser allzuhohe Forderungen stellte; auch finde ich dieselbe keineswegs so interessant, dass sie verdient hätte, der Vergessenheit entrissen zu werden. Die vielen belehrenden Zwischenbemerkungen halten in oft störender Weise den Verlauf der Handlung auf und wirken nicht selten ermüdend. Selbstverständlich darf nicht verschwiegen werden, dass »Herzblättchens Zeitvertreib« auch bessere Leistungen aufzuweisen hat; dahin gehört z. B. die Erzählung »Die weißen Mäuschen«; die äußere Ausstattung ist nur zu loben, ebenso finden die meisten Bilder unseren Beifall. Für Knaben und Mädchen von 8 bis 10 Jahren.

Städtisches Schulmuseum.

Am 25. Juli d. J. ersuchte der Unterzeichnete das Kaiserlich Deutsche Generalkonsulat in Shanghai, dem städtischen Schulmuseum bei der Erwerbung eines chinesischen Rechenbrettes und der in den niederen Schulen Chinas gebräuchlichen Unterrichtsmittel behilflich zu sein. Diese Bitte hat der Kaiserliche Generalkonsul Herr Legationsrat Dr. Stuebel in liebenswürdigster Weise erfüllt, ja noch mehr: Herr Dr. Schrameier, Dolmetscher des Deutschen Generalkonsulats in Shanghai, hat sich nicht nur der Mühe unterzogen, die erbetenen Unterrichtsmittel zusammenzustellen, er hat sie obendrein dem Schulmuseum zum Geschenk gemacht. Die hochinteressante Sammlung, welche am 28. Oktober eingetroffen ist, besteht aus einem Suan-pan, 3 Lehrbüchern: San-tzu-ching »Drei-Wörter-Kanon«, Chien-tzu-wen »Tausend-Wörter-Buch« und Po-chia-hsing »Namen der hundert Familien«, ferner aus 10 Schreibheften mit roten Buchstaben zum Nachmalen, 10 Vorlagen mit schwarzen Buchstaben zum Durchpausen, aus Schreibpapier, einen Pinsel, Tusche, Farbstein und — last not least — einem chinesischen Bakel, d. i. einem 30 cm langen, 4 cm breiten und etwa 1 cm starken Stück eines sehr leichten Nadelholzes.

In seinem Schreiben vom 2. September giebt Herr Legationsrat Dr. Stuebel so interessante Aufschlüsse über die gesandten Unterrichtsmittel und über die Art des Unterrichts, dass der Berichterstatte es sich nicht versagen kann, die darauf bezügliche Stelle des Briefes hier wiederzugeben. Herr Dr. Stuebel schreibt: »Die Ansicht, dass die Rechenmaschine (Suan-pan »Rechenbrett«) als Unterrichtsmittel in Schulen gebraucht wird, ist irrig; Rechenunterricht gehört nicht zu den Lehrgegenständen, und das Rechenbrett ist ausschließlich ein Hilfsmittel im Handel. Der Unterricht der chinesischen Kinder fängt mit Lesen und Schreiben an. Zum Lesen dienen drei Bücher: 1. San-tzu-ching, ein Buch, dessen verschiedene Sätze ethischen und naturwissenschaftlichen Inhalts aus jedesmal drei Zeichen zusammengesetzt sind. Das Buch ist mehrfach übersetzt worden. 2. Chien-tzu-wen, ein Buch, das 1000 verschiedene Buchstaben enthält. Je vier Buchstaben sind zu einer allgemein wahren Sentenz gefügt. 3. Po-chia-hsing »Namen der hundert Familien«, enthaltend die in China vorkommenden Familiennamen. Nach Auswendiglernen dieser drei Bücher beginnt sofort der Unterricht in der Klassikern, d. h. das Memorieren derselben; später wird deren Erklärung gegeben.

Von Schreibvorlagen werden zuerst kleine Schreibhefte benutzt, deren rote Buchstaben schwarz nachgemalt werden; etwas später werden Vorlagen mit schwarzen Buchstaben zum Durchpausen ver-

wendet. Die letzte Stufe ist das Nachbilden der Buchstaben aus freier Hand.*

Den Freunden, die das Breslauer Schulmuseum im fernen Osten Asiens gefunden hat, sei auch an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen.

Breslau, den 5. November 1896.

M. Hübner.

Vakanz.

Danchwitz, Kr. Strehlen. Kath. Lehrer- Org.- und Küsterst. 826,96 M. nebst fr. Wohn- und Feuerg. Meld. binnen 4 Wochen an den Kreisschulinspektor Herrn Dr. Starker in Frankenstein.

Weihnachts-Pakete.

Erfahrungsmäßig gelangen sehr viele Pakete während der Weihnachtszeit deshalb nicht rechtzeitig in die Hände der Empfänger, weil die Aufschriften von den Paketen unterwegs abgefallen sind. Das vom Empfänger sehnlichst herbeigewünschte Weihnachts-Paket bleibt aus und irrt ohne Aufschrift am Weihnachtsabend weit ab vom Bestimmungsorte umher. Insbesondere fallen die Aufschriften von solchen Paketen ab, deren Umhüllung aus grobem Packleinen besteht, auf welches ein den Namen des Empfängers und den Bestimmungsort enthaltendes Stück Papier geklebt worden ist. Um das Abfallen einer solchen Aufschrift zu vermeiden, verwende man an Stelle des Papiers ein Stückchen weißes Leinens, das überall leicht zu haben ist, schreibe darauf den Namen und den Bestimmungsort recht deutlich und nähe es auf die Paketumhüllung.

Man versäume es ferner niemals, dem Inhalte der Sendung einen Zettel mit der vollständigen Adresse des Empfängers beizufügen; löst sich, trotz aller Vorsicht die Paketabschrift ab, so wird der Empfänger bei der durch die Post alsbald vorgenommenen amtlichen Eröffnung des Paketes durch diesen Zettel sofort ermittelt und ihm die Sendung noch rechtzeitig ausgehändigt werden. Werden Gegenstände, z. B. Wild, Wiegenpferde, Puppenwagen etc., ohne Verpackung abgesandt, so empfiehlt es sich, eine doppelte Aufschrift an den Gegenständen selbst, etwa an den entgegengesetzten Endpunkten, oder unten und oben, anzubringen. Bei solchen Paketen benutzt man am besten eine haltbar befestigte Fahne von Pappe, Pergamentpapier oder Holz für die Aufschrift. Besonders groß und deutlich soll, aber

bei allen Weihnachts-Paketen der Name des Bestimmungsortes geschrieben sein.

Durch die Beachtung dieser wohlgemeinten Fingerzeige bei Absendung der Weihnachts-Pakete werden wir unseren Lieben in der Ferne Freude machen, uns selbst aber unliebsame Verlegenheiten ersparen.
Der Oberpostdirektor.

Briefkasten.

S. in B. Leider steht uns das Buch nicht zur Hand, dass wir uns von der staatsgefährlichen Stelle überzeugen können. Rezension auch noch nicht eingelaufen, würde auch augenblicklich schwer unterzubringen sein. — M. in L. Soll heut noch besorgt werden. — Sch. in W. Das müssen wir uns noch in ruhiger Stunde überlegen. Im Falle der Veröffentlichung müssten Sie die Verantwortung tragen. Ohne Änderungen würde es auch nicht abgehen. — H. in K. Der Quellenwerke wegen an zuständiger Stelle angefragt. Haben auch heut wieder einen kleinen Druck gegeben. — G. Gl. Einsendung willkommen sein, aber erst im neuen Jahre. Gruß. — K. in Tsch. Betrifft die Arbeit eine Zeitfrage? Solche werden schnell gebracht; fernerliegende Fragen müssen oft einen recht unangenehmen Aufschub erdulden. — J. in B. Wir erteilen Ihnen die gleiche Auskunft. In der Fremdwörterfrage übrigens nehmen wir einen sehr ketzerischen Standpunkt ein. — M. in B. Gar kein Gesuch vorgefunden. — B. hier. Lt es Ihnen so recht? Danken sehr. — K. in A. B. Sofort einsenden; gratis. Quittung in diesem Falle nicht nötig. — G. in St. Ihr menschenfreundliches Herz ehrt Sie. Auch wir sind gern bereit, dem alten Papa Hilfe zu leisten. Nur fragt es sich, ob derselbe auch einwilligt. Wir sind in einem Falle früher einmal übel angekommen. Muss es denn auch gerade zu Weihnachten sein? Wir hatten wirklich noch keine Minute Zeit, uns alle Schriftstücke zu lesen. — St. hier. Zu Neujahr. Ernster als sonst, mit Ausnahme des schier unglaublichen Anfangs. — H. in G. Sobald als möglich.

Foulard-Seide 95 Pf. bis 5.85 per Meter — japanische, chinesische etc. in den neuesten Dessins und Farben, sowie schwarze, weiße und farbige **Henneberg-Seide** von 60 Pf. bis Mk. 18.65 per Meter — glatt, gestreift, kariert, gemustert. Damaste etc. (ca. 240 verschiedene Qualitäten und 2000 verschiedene Farben, Dessins etc.) porto- und steuerfrei ins Haus umgehend. — Durchschnittl. Lager: ca 2 Millionen Meter. [290 2-10]
Seiden-Fabriken G. Henneberg (k. u. k. Hofl.) Zürich.

Gustav Reimann (Steinau a/O. 1890—93)

Bertha Reimann, geb. Scheider

Vermählte.

Mühlgaß, den 3. Dezember 1896.

Am 30. November cr. starb in Kl.-Gläsen, Kr. Leobschütz, unser liebes Ehrenmitglied, der emer. Hauptlehrer von Jassen

Herr Karl Hoppe

im Alter von 77 Jahren.

Der Verstorbene gehörte den Vereinen seit ihrer Begründung an und war stets ein eifriges und treues Mitglied. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Der Lehrer- und Pestalozzi-Verein
Neustadt OS.

Montag, den 14. Dezember cr. verschied verschied nach längerem Leiden unser innig geliebter Sohn und Bruder, der

Hauptlehrer Carl Just

in Böhmischdorf, Kr. Brieg.

Dies zeigen, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrückt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die evangelische **Kantor- und Lehrerstelle** hieselbst ist vakant. Außer Wohnung ca. 1250 M. Einkommen. Bewerber wollen ihre Gesuche nebst Zeugnisabschriften an mich gütigst einenden.

Cossar b. Crossen a/O., d. 1. Dezember 1896.
370 b-c] Baronin von Kottwitz.

Vakanz.

[372b

Die hiesige **Lehrer-, bezw. Organisten- und Küsterstelle**, mit einem Einkommen von ca. 1200 M. außer freier Wohnung und Feuerung, ist zum 1. März 1897 neu zu besetzen. Meldungen mit beglaubigten Zeugnisabschriften nimmt bis zum 31. huj. die Patronin, Frau v. Kramsta hieselbst, entgegen.

Kl.-Gaffron b. Bhf. Raudten, d. 6 Dezbr. 1896.

Ueberfeld, Pastor u. Ortsschulinspektor.



Flügel, Pianinos und Harmoniums,

neue und gebrauchte, von vorzüglicher Güte und in größter Auswahl, empfiehlt zu billigen Preisen unter Garantie

J. Grosspietsch, Hoflieferant,

Breslau,

[28412-13

Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 22,

Flügel, Pianinos und Harmoniums,

neue und gebrauchte, in großer Auswahl unter Garantie zu den solidesten Preisen.

Ratenzahlung bewilligt.

[3653-5

C. Vieweg, Breslau, Brüderstrasse 10,

Pianofabrikant.

Stellentausch.

Alleinst. Lehrer in Niederschlesien (neue Wohnung, gr. Garten, 1044 M. Gehalt) wünscht mit einem Kollegen zu tauschen. Off. u. S. 1. Exped. d. Ztg. [374

Pianinos — 451-52
von 440 Mk. an

Flügel.

10jährige Garantie

EMMER. *
Harmoniums

von 90 Mk. an.

Abzahlung gestattet.

Bei Barzahlung. Rabatt u. Freisendg.

W. EMMER, Berlin C., Seydelstrasse 20
Pianoforte- und Harmonium-Fabrikant.

Pianinos, neu kreuzsaitig, von 380 M. an
Ohne Anzahl. à 15 M. monatl.
Kostenfreie, 4 wöchentliche Probensendung
Fabrik Stern Berlin, Neanderstr. 16.

Gute Violinen verkauft billig à 30 bis 40 M.

Carl Reimann, Nimptsch.

Pianinos
von Römheldt in Weimar

Apartes Fabrikat I. Ranges.
12 goldene Medaillen und 1. Preise.

Von Liszt, Bülow, d'Albert auf's Wärmste empfohl. Anerkennungsschreiben aus allen Theilen der Welt. In vielen Magazinen des In- und Auslandes vorrätig, sonst directer Versandt ab Fabrik.
Uebliche Vortheile f. d. Herrn Lehrer.

Schülerbibliotheken werden von uns auf Grund langjähriger Erfahrung und umfangreicher Bezüge unter Berücksichtigung der konfessionellen und örtlichen Verhältnisse zweckmäßig eingerichtet und ergänzt. Die von den löbl. Jugendschriftenkommissionen empfohlenen Bücher sind meist in festen Bibliotheksbänden gebunden auf Lager. Verzeichnisse stehen zu Diensten. Bei Aufträgen über 10 M. versenden wir franko.

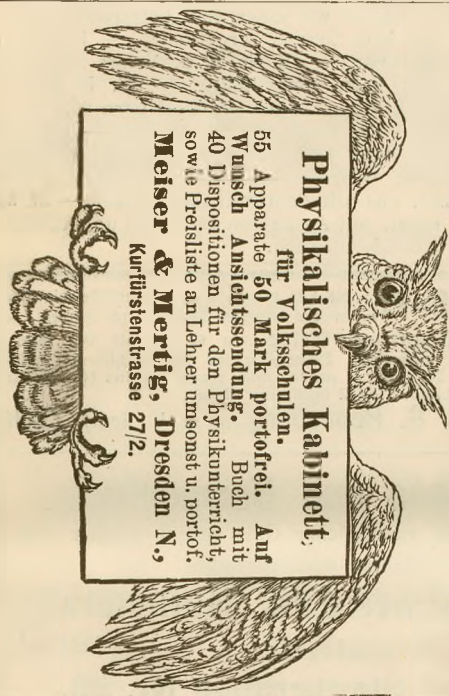
Breslau. Priebatsch's Buchhandlung.

Beamtenschule Lommatzsch i. Sa.

Gründliche Vorbereitung f. d. **mittlere Beamtenlaufbahn**, die **Einj.-Freiw.-Prüfung** und für **Militärwärter**. Vorzügliche Pension u. gewissenhafte Aufsicht. Eine **gute allgemeine Bildung** ist das Ziel des Unterrichts. Bisher haben 476 Zöglinge feste Anstellung erlangt, darunter 449 nach bestandener Prüfung. Preis jährlich 600 Mk. Prosp. kostenfrei. **W. Hohn, Dir.**

Verlangen Sie zur Auswahl auf 14 Tage:

- 1 Sortiment Lieder f. Männerchor — f. gemischten, f. Frauen- und Kinderchor. [27913-25]
1 — humor. Szenen, Duette, Terzette u. Couplets. f. Wintervergnügungen. (Grossartige Neuheiten!)
1 — Musikalien f. Clav., 2hd., 4hd. (leicht? schw.?)
1 — f. Violine, Viol. u. Clav. (leicht?, schwer?)
1 — f. Kirchengesang (ev. kath.?) — f. d. Orgel.
Carl Klinner, Musikalienhdlg., Leipzig.



Pelzwaren-Lager

von **Robert Baumeister,**

Kürschnermeister

Breslau, Ring 29 (Ecke Ohlauerstr.).

Die Firma unterhält einen großen Vorrat von allen nur erdenklichen, konfektionierten Pelzartikeln für Herren und Damen.

Spezialität:

Damon-Pelzmäntel u. -Räder, sowie Herren-Gehpelze, -Reisepelze, -Jaquetts etc.

Bestellungen und Umänderungen

werden in jeder gewünschten und modernsten Form sorgfältigst ausgeführt.

Lager der neuesten Stoffe für Damenpelzbezüge, sowie Tuche für Herrenpelze stets vorrätig.

Preislisten mit Abbildungen, sowie Stoffmuster versende franko und gratis.

Die Handelsschule zu Jauer i. Schl.

bietet in ihrem **fachwissenschaftl. Kursus** jungen Kaufleuten Gelegenheit, sich in **einem Jahre** eine tüchtige theoretische Bildung anzueignen. [352b-d]

Ferner finden in ihr **Jüngere** die wissensch. Ausbildung nicht nur für den kaufm. Beruf, sondern gleichzeitig auch für das **Einj.-Freiw.-Exam.** Kursus 2-3 jährig. Schulanfang **22. April.** Prospekte durch **Die Direktion.**

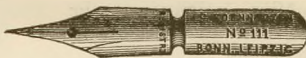
Beste
Federhalter
Nr 567: 5 Pf

Beste
Griffelhalter
Nr 557: 20 Pf

*Die billigste Schulfeder
erkennt man an ihrer Güte.*

Man versuche

Soennecken's



Nr 111
1 Gros: 1 Mk

Garantie für jedes Stück
In den meisten Schulen im Gebrauche · Muster kostenfrei
BERLIN · F. SOENNECKEN · BONN · LEIPZIG

Möbel, Spiegel- und Polsterwaren

eigener Fabrik

empfehlen zu

Werkstattpreisen

unter langjähriger Garantie

Nawrath & Comp.

Breslau

Teichstrasse No. 9

und

Gartenstrasse No. 86

vis-à-vis Postamt II, 1 Minute vom
Centralbahnhof.

Lieferanten des Allgemeinen Breslauer und
Deutschen Lehrer-Vereins und des Preu-
ßischen Beamten-Vereins.

Reellste u. billigste Bezugsquelle.



Holländ. Tabak

Varinas. Unübertroffen. Tausende
Anerkennungen von Pfarrern,
Lehrern, Beamten. 163 32-52

9 Pfund 7 Mk. franko.
Gebüder Bierhaus,
Orsoy an der holländ. Grenze.

Reinen Rebensaft, a. eig. G., anerk. gut.
à Liter rot 1 Mk., weiß 80 Pf. offeriert

Grünberg i/Schl.

Eckert, Lehrer.

Versand von 100 Stck. an. 200 Stck. portofrei.

Pianos, Harmoniums,

von 360,— an. von 80,— an.

**Amerik. Cottage - Orgeln, Flügel
Klavier-Harmoniums.**

Alle Vorteile. Höchster Rabatt.

Illustr. Katalog, der grösste seiner Art, franco.
Nichtgef. Instrum. auf meine Kosten zurück.
Wilh. Rudolph in Giessen No. 64.

Aelteste Cigarrenfabrik mit direktem
Versand an die Consumenten.

— Gegründet 1843. —
Preisgekrönt

1855 PARIS. ♦ LONDON 1862.

A. Hornemann

in GOCH an der holländ. Grenze

Von meinen hinlänglich als preiswerth
bekannten 80 Nummern umfassenden
Fabrikaten empfehle ich besonders, da
allgemein beliebt und bevorzugt, unter
Garantie der Zurücknahme. Ziel 2 Monate

Venus de Cuba	100 St.	Mk. 3,20
Monteria	100 "	" 3,30
Nederland	100 "	" 3,40
Prima Manilla	100 "	" 3,60
Dora	100 "	" 3,60

1 Sortiment postpaket 500 St. Mk. 17,10
franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Vista Habana	100 St.	Mk. 3,80
El Sello *	100 "	" 3,80
Comme il faut	100 "	" 3,80
Alicante	100 "	" 4,—
El Progreso	100 "	" 4,—

1 Sortiment postpaket 500 St. Mk. 19,20
franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Nelly	100 St.	Mk. 4,30
Borneo	100 "	" 4,50
Wilhelmina	100 "	" 4,50
Steuerfrei	100 "	" 4,50
Holländer II	100 "	" 5,—

1 Sortiment postpaket 500 St. Mk. 22,80
franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Las Gracias *	100 St.	Mk. 5,—
Felix Brasil	100 "	" 5,20
Coronada	100 "	" 5,40
Carolina	100 "	" 5,60
Infantes	100 "	" 5,70

1 Sortiment postpaket 500 St. Mk. 26,90
franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Goldonkel	100 St.	Mk. 6,—
Hollanda *	100 "	" 6,20
Holl. Plantagen-Cig.	100 "	" 6,40
Premium	100 "	" 6,50
El Descanso	100 "	" 6,80

1 Sortiment postpaket 500 St. Mk. 31,90
franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Ausführliche Preisliste gratis und franco.

Rauchtabak, grob und fein von
Mk. 0,80—4,00 pr. Pfd. — 9 Pfd. franco.